Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

54. Sitzung
19. Juni 2025

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.01 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir kommen zu

Redaktion: Tim Cooperman, Tel. 2325-1468 bzw. quer 99407-1468

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0228
Situation obdachloser Menschen in Berlin und aktuelle Maßnahmen von Senat und Bezirksämtern ArbSoz
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße sehr herzlich Herrn Klässig vom Fachausschuss Wohnungsnotfallhilfe der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin beziehungsweise ganz konkret AWO Landesverband Berlin e. V. und Herrn Tino Kretschmann – schön, dass Sie da sind! –, von der AG Straße von Berlin-Mitte. – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist? – Danke schön für das Nicken! – Dann machen wir das so.

Lars Düsterhöft (SPD): Die Begründung des Besprechungspunktes darf ich gleich für die Koalition übernehmen. – Das Anliegen heute ist es, gerade mit Blick auf den aktuellen Einspardruck beziehungsweise auf den Einspardruck der letzten Jahren, dass wir uns trotzdem die Freiheit nehmen, darüber zu diskutieren, was die Bedarfe in dieser Stadt sind, weil wir alle wissen, dass die Zahl der Obdachlosen gestiegen ist, dass sich die Situation auf der Straße, in den S-Bahnen, in den U-Bahnen in den letzten Monaten noch mal deutlich verschlechtert hat. Wir sehen mehr Obdachlose, mehr verwahrloste Menschen, mehr Menschen, die ganz offensichtlich Hilfe brauchen, und wir sehen auch, dass wir dem als Berlin tatsächlich nicht so gerecht werden. Auch wenn wir auf der einen Seite als Koalition die Hand auf den Titeln im Haushalt drauf haben, wo es genau um diese Hilfen geht und es bisher dort keine Einsparungen gab und auch hoffentlich keine Einsparungen geben wird, ist es trotzdem bedauerlich, dass es nicht gelingt, darüber zu diskutieren und dann dafür zu sorgen, dass es entsprechend der Bedarfe auch mehr Angebote gibt. Auch wenn es vielleicht in den nächsten Monaten nicht gelingt, das finanziell zu stemmen, was wir uns alle als Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker wünschen, finde ich das sehr wichtig, dass wir uns die Freiheit nehmen, heute mal gemeinsam darüber zu diskutieren, in welche Richtung muss es in den nächsten Jahren gehen, welche zusätzlichen Maßnahmen brauchen wir, welche Einrichtungen bräuchte es, welche Entwicklungen bei den 67er-Hilfen bräuchte es, wie schaut es mit der GStU aus et cetera pp. Das Feld ist ja wirklich extrem groß.

Deswegen freue ich mich sehr, dass wir uns heute die Freiheit nehmen, darüber zu diskutieren, was wir gemeinsam noch mal verändern und besser machen sollten. Das ist das Ziel dieser Anhörung, auch wenn der Titel vielleicht ein bisschen sehr allgemein ist, aber ich weiß, dass wir uns auch im Vorhinein darüber ausgetauscht haben, in welche Richtung die heutige Anhörung gehen darf. – Das zur Begründung.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme geben? – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich versuche es auch kurz zu machen, weil wir eine kleine Präsentation dabei haben und meine Kollegin Hannah Kreinsen auch noch mal einen Gesamtüberblick gibt und

dabei zu zwei Schwerpunktthemen etwas ins Detail geht, weil wir uns tatsächlich – das wäre mein Wunsch – bei der Thematik auch auf die langen Linien konzentrieren, womit wir das Problem tatsächlich grundlegend angehen können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben uns in den letzten Jahren auch häufig über Themen unterhalten, gerade im niedrigschwelligen Bereich, weil dieses Thema sehr sichtbar und virulent ist, aber es gibt auch grundlegende Themen, die vielleicht nicht so sexy sind, wenn wir uns über die 67er-Hilfen und Strukturen unterhalten, aber tatsächlich auf der langen Linie eher zur Problemlösung beitragen können und nicht zur Symptombekämpfung. Das will ich einmal gesagt haben.

Tatsächlich kommen wir an der Stelle auch nur weiter, wenn alle Beteiligten von den Bezirken über die Träger und die Senatsverwaltung eng zusammenarbeiten. Ich möchte im Kurz- und Schnelldurchlauf wichtige Bausteine erwähnen und nicht so sehr ins Detail gehen, weil Sie da alle schon drinstecken.

Das heißt, das, was wir seit 2018 machen, und der kontinuierliche Aufbau im Bereich Housing First ist ein wichtiger Beitrag, den wir hier haben, der auch gestärkt gehört. Wir haben das Thema geschütztes Marktsegment, was seit Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte ist, was viele Menschen auch in Wohnungen gebracht hat. Wir haben das Thema, was eher neuerer Natur ist, seit April 2022, das erste „Wohnen statt MUF“-Projekt, was in Marzahn für 300 geflüchtete Menschen Wohnraum bietet.

Elementar ist weiterhin, wie gesagt, dass wir die langen Linien bedenken, und da geht es um die Präventionsarbeit, sodass wir uns auch darauf konzentrieren müssen, die sozialen Wohnhilfen zu unterstützen. Da habe ich eben auch das Stichwort GStU genannt, auch, wie wir die Sozialämter insgesamt stärken, was das personelle Thema angeht, das muss tatsächlich deutlich besser werden und natürlich die ganzen niedrigschwelligen Themen, das heißt die Notübernachtungen, die Beratungen, die Straßensozialarbeit – das sind wichtige Bausteine.

Neu dazu gekommen, nachdem es erst mal testweise aus europäischen Mitteln finanziert wurde, aber seit dem Doppelhaushalt einen festen Anker hat, ist das Thema Hitzehilfe, das auch ein niedrigschwelliges Thema ist, was gerade in den Sommermonaten und beim Klimawandel von besonderer Bedeutung ist.

Die Berliner Kältehilfe und die kontinuierliche Ausweitung derer, ist Ihnen auch bewusst. Neuer Natur oder eine Ergänzung ist, dass wir im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Notunterkunft in der Ohlauer Straße 365 das ganze Jahr geöffnet haben. Zusätzlich kommen kreative Punkte, verwaltungstechnisch eher kreative Wege, wenn wir so etwas wie die Fuldaer Straße erwerben, trotz einer Haushaltslage, die sehr angespannt ist, aber wo die Kolleginnen und Kollegen sehr engagiert dabei waren, schnell Wege zu finden, wenn wir sehen, dass vielleicht am Ende des Jahres doch Geld übrig ist und wir langfristig eine Immobilie gesichert haben. Auch das ist etwas Besonderes.

Die GISS-Studie nur kurz angerissen, weil die Kollegin gleich noch intensiver rangehen wird. Dazu gleich ein paar Infos mehr.

Abschließend zur Erinnerung: Wir doktern am Ende alle an etwas herum, wo Wohnraum fehlt, und das Thema muss tatsächlich angegangen werden. Da haben wir in den letzten Jahren oder im letzten Jahr Themen intensiv diskutiert, zum Beispiel das Sozialunternehmen. Immer, wenn wir es erwähnen, wissen wir, dass es gleich die Frage gibt: Warum nicht jetzt schnell? –, auch ein langfristiges Thema, aber auch die muss man politisch anpacken und sie auch erwähnen in der Kenntnis, dass man es nicht schnell gelöst bekommt, aber mit Visionen und langen Linien arbeiten muss. Dann würde ich gleich an Frau Kreinsen übergeben.

Hannah Kreinsen (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich würde kurz eine Übersicht zu den Daten geben, die wir aktuell haben, dann auf die Hilfen gemäß § 67 SGB XII eingehen – dazu liegt uns die Studie der GISS vor, die auf unserer Homepage veröffentlicht ist – und dann einen Ausblick zum aktuellen Stand und wie es in den nächsten Monaten mit der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung weitergeht, geben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Fangen wir an mit der Gesamtübersicht: Herr Bozkurt hat gerade schon einen Kurzabriss gegeben. Wir haben den Part Wohnen. Das kennen Sie, glaube ich, alles. Es wurde eben schon erwähnt. Wir haben die zentrale Regelhilfe, die Hilfen gemäß § 67 SGB XII. Darauf gehen wir gleich noch näher ein. Die ordnungsrechtliche Unterbringung in dem Bereich ordnet sich die GStU ein. Dann haben wir die zuwendungsfinanzierten, niedrigschwelligen Angebote, die auf der einen Seite die ganzjährigen und schon seit langer Zeit bestehenden und auf der anderen Seite aber auch noch jährliche Projektfinanzierungen wie beispielsweise die 24/7, die saisonalen Angebote, Kälte- und auch Hitzehilfe, die Anfang Juni angelaufen ist und Straßensozialarbeit, Wohnungslosentagesstätten et cetera – – Sie sehen, es ist relativ bunt, weil wir hier einmal versucht haben abzutragen, was die unterschiedlichen Zuständigkeiten in Berlin sind. Wir haben hier auf der Folie ehrlicherweise noch einen Fehler drauf. In der ordnungsrechtlichen Unterbringung, dort, wo das LAF gemarkert ist, müsste es ein graues Feld sein und nicht das blaue für die Bezirke. Das würden wir noch korrigieren und für das Protokoll korrekt anhängen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Kommen wir zu den Zahlen: Das ist der Stand, wie Herr Bozkurt vorhin schon sagte, vom 31. Januar 2024, was die ordnungsrechtliche Unterbringung angeht, aus der Wohnungslosenberichterstattung des Bundes und erstmalig hier aufgenommen mit einer Begleitstudie durch die GISS, die durch den Bund beauftragt wurde, die verdeckt Wohnungslosen und die Obdachlosen auf der Straße lebenden Menschen hier einmal mit aufgenommen.

Die Zahlen aktualisiert: Für das Jahr 2025 wird es für den Teil der ordnungsrechtlichen Unterbringung vermutlich im Juli, August eine Aktualisierung geben. Die Begleitstudie wird leider erst nächstes Jahr wieder durchgeführt. Die hat einen zweijährigen Rhythmus. Wir sehen an den Zahlen: Die Herausforderung ist weiter sehr groß.

Dann haben wir es hier einmal aufgeschlüsselt nach unterschiedlichen Angeboten. Das ist immer ein bisschen schwierig, weil die Begrifflichkeiten und Kategorien, die die Bundesstatistik verwendet, sich nicht immer so eindeutig aufschlüsseln lassen auf die Berliner Gegebenheiten. Deswegen würde ich es kurz erläutern. Unter den kurzfristigen Angeboten verbirgt sich die Kältehilfe und die Notübernachtung. Stationäre Angebote ist der Leistungstyp Krise der Hilfen gemäß § 67 SGB XII. Teilstationäre sind das Übergangshaus, auch ein Leistungstyp nach § 67 SGB XII, dann WUW, BGW und BEW, sofern sie in einer Unterbringung erbracht werden, auch das Leistungstypen der Hilfen nach § 67 SGB XII, darauf gehen wir gleich noch näher ein, in dem Fall, in dem Sie mit einer Unterbringung verbunden sind.

Dann gibt es in der Bundesstatistik die sonstige Unterbringung. Das ist die ordnungsrechtliche Unterbringung. Hier haben wir einmal die Aufschlüsselung gemacht für die 24/7, die da mit reingepackt wird, die aber in unserer Wahrnehmung keine ordnungsrechtliche Unterbringung ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann würde ich auf die Ergebnisse der Evaluation der Hilfen gemäß § 67 SGB XII eingehen. Erst mal ganz grundsätzlich vorweg ist das Ergebnis, dass wir in Berlin mit den Leistungstypen insgesamt ganz gut aufgestellt sind und die vorhandenen Leistungstypen im Grundsatz den Bedarf decken. Dennoch kriegen wir natürlich einige Hinweise in der Studie, an welchen Stellen wir noch nachbessern können und wo Optimierungspotenzial besteht, und das in drei Kategorien, einmal hinsichtlich der Ausstattung der Leistungstypen selbst, wie wir die weiterhin ausgestalten. Dann hatten wir um Empfehlungen gebeten, wie Housing First in das Regelsystem integriert und als Leistungstyp ausdifferenziert werden kann, und wir kriegen auch einige Hinweise hinsichtlich der Rahmenbedingungen, in denen die Leistungstypen umgesetzt werden müssen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier einmal eine kurze Übersicht zu der Dauer der Maßnahmen. Wir haben hier die Erkenntnis, dass nur in BEW und BGW eine durchschnittliche Maßnahmendauer von über einem Jahr vorliegt, dass Maßnahmen, die die Wohnraumversorgung zum Ziel haben, von der Zurverfügungstellung von Wohnraum abhängig sind, was keine Überraschung ist, und dass die kurzen Bewilligungszeiten häufig dann vorliegen, wenn eine Mitwirkung hergestellt werden soll. Die

kurze Verweildauer in Krise ist darauf zurückzuführen, dass hier der Ansatz ist, eine krisenhafte Situation zu überwinden und dann in weniger intensive Leistungstypen weiterzuvermitteln. Wir hatten auf dem Fachtag, den wir vergangene Woche hatten, schon eine längere Diskussion, dass einige Träger verwundert waren, dass die Verweildauer insgesamt recht kurz ist. Das hängt auch damit zusammen, dass in den Akten, die analysiert worden sind, auch Maßnahmenabbrüche enthalten waren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann hat die GISS einige Auffälligkeiten anhand der Aktenliste herausgearbeitet. Das eine ist, dass der Zugang häufig durch Selbstmeldungen oder Vermittlungen anderer Dienste erfolgt und nach ASOG untergebrachte Menschen, die Zahlen haben wir eingangs gesehen, nur selten an die Hilfen gelangen, dass der Zugang für Familien und Alleinerziehende beziehungsweise getrennt Erziehende relativ schwierig ist, was wohl damit zu tun hat, dass es einen höheren Bearbeitungsaufwand bedeutet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann die Schnittstelle Eingliederungshilfe: Auch das ist etwas, das uns die Bezirke schon öfter gespiegelt haben, dass wir sehr viele Fälle mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen in den Hilfen nach § 67 SGB XII haben und die Hilfen gemäß § 67 SGB XII ein bisschen als Wartebereich fungieren, weil der Zugang zur Eingliederungshilfe relativ hochschwellig ist und das ganze Verfahren, um dort aufgenommen zu werden, sehr lange dauert.

Auf der anderen Seite haben wir die Schnittstelle zur Jugendhilfe. Wir haben viele junge Volljährige in der Wohnungsnotfallhilfe. Hier fungieren die Hilfen nach § 67 SGB XII häufig als Kompensation für den Abbruch im anderen Hilfesystem.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Empfehlungen zur Flexibilisierung der Leistungstypen sehen so aus, dass wir zwei bis drei Vergütungsstufen in WUW, BEW und BGW empfohlen bekommen haben. Das heißt, dass wir die Vergütung an die Erfordernisse, die höhere Intensität, anpassen sollten. Das gilt insbesondere für die Fallgruppen, die wir eben schon gehört haben, die tendenziell einen erschwerten Zugang haben, also Familien, Alleinerziehende, getrennt Erziehende, dass dem Rechnung getragen wird, dass der Arbeitsaufwand höher ist und die Intensität der Arbeit an der Stelle stärker sein muss, aber auch Fälle, die überwiegend aufsuchend und begleitend erfolgen müssen, dass auch das stärker abgebildet wird. An dem Punkt Schnittstelle zur Eingliederungshilfe ist die Empfehlung, dass es hier einen höheren Intensitätsgrad gibt, um den Zugang zur Eingliederungshilfe zu beschleunigen oder zu forcieren, somit stärkere Unterstützung. Auch im Übergangshaus wird empfohlen, dass wir hier zwei Vergütungsstufen einführen, um auch Menschen mit komplexeren Problemlagen besser aufnehmen zu können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Für die Integration von Housing First in die Hilfen nach § 67 SGB XII werden in der Studie zwei Alternativen aufgemacht. Die eine ist ein eigener Leistungstyp und die andere Variante wäre, ein Zusatzmodul in BEW zu etablieren. Hier auch der Hinweis durch die GISS, dass das nicht im Rahmen der bestehenden Finanzierung erfolgen kann, sondern hier auch geguckt

werden muss, dass die Zuwendungsmittel im Haushalt aktuell zur Verfügung stehen und die dann entsprechend aufgestockt werden müssen. Es wird empfohlen, eine fallunabhängige Sockelfinanzierung zu etablieren, um auch die passiven Zeiten abdecken zu können, denn am Anfang steht der Beziehungsaufbau. Housing First ist darauf angelegt, dass die Hilfe nicht durchgehend gleich intensiv ist, sondern dass man sich stärker an den Bedarfen der Person orientiert, und das muss in irgendeiner Form abgebildet werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann kommen wir zum dritten Punkt, den sie identifiziert haben, nämlich die Rahmenbedingungen, die zum Teil auch zu Selektion und Ausschluss führen. Das ist die angespannte Haushaltslage – das wurde gerade schon angesprochen, das geht natürlich an keinem Hilfesystem spurlos vorbei –, der verknappte Wohnungsmarkt – auch das war ein großes Thema bei der Fachveranstaltung vergangene Woche, da das einen Einfluss auf jede Hilfemaßnahme hat, auf Motivationen sich zu beteiligen und auf Motivation der Träger, ein Ziel zu definieren, wenn es so schwierig ist, das eigentliche Ziel, die eigene Wohnung, zu erreichen –, das Planmengenverfahren – das ist Ihnen bekannt und hier schon häufig diskutiert worden –, und das Modell der Trägerwohnungen, wo die GISS sagt, dass das eigentlich die Vermittlung in eigenen Wohnraum verzögert, weil es als Zwischenschritt betrachtet wird. Wir haben auch den Hinweis bekommen, dass das im Vergleich zu anderen Städten, die einen ähnlich angespannten Wohnungsmarkt haben, bei uns durchaus sehr groß ausgebaut ist.

Dann haben wir das Thema Wohnfähigkeit und Mitwirkung. Hier hat die Studie darauf hingewiesen, dass bei allen Beteiligten zu definieren oder zu diskutieren wäre, wie damit umgegangen wird, dass häufig Wohnfähigkeit Voraussetzung ist, um bestimmte Hilfen zu bekommen. Auch das steht ein Stück weit im Widerspruch zu Housing First, weil Housing First genau den umgekehrten Ansatz hat, sagt, erst die Wohnung und dann schauen wir weiter. – Ich weiß nicht, ob ich einfach weitermachen soll. Ich würde zur Überleitung zur GStU kommen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir uns diese Zahlen angucken: Das ist die Anzahl der ordnungsrechtlichen Unterbringungen und der Maßnahmen nach § 67 SGB XII. Da wir das Wohnungslosenberichterstattungsgesetz noch nicht so lange haben, steigen wir hier erst 2022 ein, aber wir sehen, dass es ein deutliches Missverhältnis gibt. Wenn wir uns das Ergebnis der Studie angucken, dass Menschen, die nach ASOG untergebracht sind, sehr selten in die Hilfen nach § 67 SGB XII gelangen, sehen wir, dass wir hier durchaus eine Baustelle haben, an der wir arbeiten müssten. Das wäre auch die Überleitung zu GStU.

Auch das Thema ist im Prinzip hier hinlänglich bekannt, und wir haben es schon oft diskutiert. Ich gehe trotzdem noch mal ganz grob darauf ein, was die Ziele sind. Auf der einen Seite ist es das Ziel, dass wir eine bedarfsgerechte und qualitätsgesicherte Unterbringung aller wohnungslosen Menschen aus einer Hand aufbauen. Das heißt, wir haben eine vertragsbindende Stelle für alle Unterkünfte. In den Verträgen werden die Qualitätsstandards definiert, und die Träger haben dann nur noch einen Abrechnungspartner auf Landesseite. Diese Unterkünfte sollen den zuweisenden Stellen, also den sozialen Wohnhilfen und der Leistungsstelle des LAF, über ein Fachverfahren zur Verfügung gestellt werden.

Das ist die zweite Säule, nämlich die Digitalisierung, dass die Prozesse digitalisiert werden, die Belegungssteuerung über das Fachverfahren gesamtstädtisch IT-gestützt erfolgt. Damit ist dann möglich, dass wir eine IT-gestützte gesamtstädtische Kapazitätsplanung an dem Punkt hinkriegen und eine statistische Datenauswertung sowohl was Unterkunftsarten, aber auch was Zielgruppen angeht, sodass wir hier an einer Stelle eine Zentralisierung in Form der Serviceeinheit GStU hinbekommen wollen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In der Säule Strukturreform des Unterbringungssystems ist der aktuelle Stand, dass wir davon ausgehen, dass das GStU-Umsetzungsgesetz in der zweiten Jahreshälfte verabschiedet wird. Damit wäre das LAF gesetzlich ermächtigt, ASOG-Unterkünfte vertraglich zu binden, die den sozialen Wohnhilfen zur Belegung zur Verfügung gestellt werden. Hier gibt es unterschiedliche Ansatzpunkte, wie dieser Weg erfolgt. Das eine ist, was bereits in der Praxis über das Amtshilfeverfahren umgesetzt wird, das die Statusgewandelten in LAF-Unterkünfte verbleiben. Dann ist die Ausschreibung von ASOG-Unterkünften geplant, und im Falle von weiter sinkenden Zugangszahlen wäre auch eine Umwidmung bestehender vertraglicher Unterkünfte möglich. Das heißt natürlich auch, dass wir schrittweise anfangen, die gesamtstädtische Kapazitätsplanung und auch die Fortschreibung der Portfoliostrategie darauf auszurichten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann wären wir bei dem Punkt Digitalisierung. Da gehen wir gerade parallel in zwei Strängen vor. Der eine ist die GStU light in den Bezirken. Hier wäre ein dezentrales Unterkunftsmanagement auf Bezirksebene angesiedelt zur Steuerung der bestehenden vertragsfreien ASOG-Unterkünfte, aber mit einer berlinweiten Platzsuche. Mindestanforderung an das Fachverfahren ist Ein- und Auszugsmeldung. Alles andere, was Abrechnung angeht, ist hier noch nicht implementiert. Das ist der volle Umfang des Fachverfahrens mit einem zentralen Unterkunftsmanagement, und dann soll die Abrechnung gegenüber den Betreibenden und auch die Digitalisierung der Gebührenordnung im LAF implementiert werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

GStU light ist erst mal ein Zwischenschritt zur Erreichung des Zielbildes mit der Vertragsbindung der Unterkünfte. Wir schaffen damit eine Grundlage, auf der wir die Portfoliostrategie weiterentwickeln können. Die Amtsleitungen für Soziales haben sich auf die Einführung des Fachverfahrens verständigt und auch auf eine berlinweite Belegungspraxis. Das war durchaus ein Diskussionspunkt, und wir sind sehr froh, dass wir uns auf diesen Weg machen können. Wir haben bereits begonnen. Die Schulungen in der Rolle des Unterkunftsmanagements für die Bezirke haben im Mai begonnen und werden in diesem Monat abgeschlossen. Parallel wird bereits angefangen, die Unterkünfte im Fachverfahren zu hinterlegen. Die zuweisenden Stellen, also die sozialen Wohnhilfen, werden ab September geschult, sodass wir aktuell davon ausgehen, dass wir Anfang 2026 im Regelprozess starten können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was bringt uns das? – Es ist aus unserer Sicht ein wichtiger Meilenstein. Wir kriegen damit eine Übersicht über die ASOG-Unterkünfte, die in den Bezirken bestehen. Das gibt es bisher nicht. Wir können dann die Schritte definieren, in denen wir die Platzkapazitäten in nicht ver-

tragsgebundenen Unterkünften runterfahren und gleichzeitig die vertragsgebundenen Unterkünfte hochfahren können.

Die Amtsleitungen für Soziales haben darüber hinaus gemeinsame Mindeststandards, Qualitätsstandards, formuliert, die sie als Grundlage dafür heranziehen, dass Unterkünfte ins Fachverfahren aufgenommen werden. Wir haben gemeinsam eine ASOG-Kostenberechnung erarbeitet, die im Bereich der ASOG-Unterbringung für mehr Transparenz in der Gestaltung der Tagessätze führen soll. So können wir evidenzbasiert zu einer gesamtstädtischen Kapazitäts- und Portfoliostrategie kommen, denn unser eigentliches Ziel ist es:

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Kernportfolio, das ist das Portfolio, was an Unterkünften vertraglich gebunden ist, weiter auszubauen. Momentan haben wir, das sehen Sie auf der linken Seite, den dunklen blauen Kreis mit der Vertragsbindung. Hellblau umrandet haben wir die noch bestehenden vertragsgebundenen Notunterbringungen, die das LAF aktuell noch hat. Dann haben wir einen Teil mit qualitätsgesicherten ASOG-Unterkünften, die auf die Mindeststandards fixiert sind und die mit den Bezirken Kooperationsvereinbarungen haben, und dann haben wir ASOG-Unterkünfte, die es zukünftig abzulösen gilt, weil sie Qualitätsstandards nicht einhalten. Die können wir natürlich nur ablösen, wenn wir gleichzeitig an anderer Stelle neue Plätze zur Verfügung stellen können, denn der Unterbringungsbedarf ist da. Das heißt, wir wären im ersten Schritt dabei, diesen roten Kreis möglichst abzubauen, den hellblauen Kreis abzuschmelzen und nur noch wirklich nach Bedarf weiter aufrechtzuerhalten oder wieder hochzufahren, je nachdem, wie die Entwicklung weitergeht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann noch mal kurz und knapp: GStU ist ein wichtiger Meilenstein zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030. Der Ausbau der dezentralen Unterbringung durch das LAF ist schon jetzt Strategie der gesamtstädtischen Steuerung, um so mehr Struktur und Transparenz in das System zu bekommen. Wir hatten heute am Anfang die Frage nach den Minderjährigen in ASOG-Unterkünften. All solche Dinge werden wir dann beantworten und auch steuern können. Wir schaffen Plätze, und damit erhöhen wir nicht nur die Steuerungsmöglichkeiten von unserer Seite auf Senatsebene, sondern entlasten auch die Fachstellen, denn die Fachstellen sind aktuell mit Telefon und Exceltabellen viel damit beschäftigt, überhaupt freie Plätze zu finden. Das wird über das Fachverfahren einfacher, und wir hoffen, dass wir dadurch wieder mehr Zeit für die Mitarbeitenden haben, dass die sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Beratung der Menschen, widmen können.

Insgesamt, wenn man sich den Kostenvergleich anschaut, ist GStU am Ende wirtschaftlicher, und es ist klar definierbar: Was möchte ich für die Kosten, die ich als Land erbringe, als Leistung bekommen? – Das war der kurze Ritt.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen lieben Dank für den sehr umfassenden Einstieg, aber es war sehr gut, um allen zu verdeutlichen, was es alles gibt und in welche Richtung sich das entwickelt. – Herr Kretschmann wird jetzt anfangen, und dann wird es noch deutlich konkreter, wenn es um einen Ort in Berlin Mitte geht. Zunächst round about fünf Minuten, ich weiß,

ein bisschen unfair, aber Sie kriegen alle noch Fragen gestellt, und da gibt es kein Zeitlimit. Meine fünf Minuten sind manchmal ein bisschen flexibler. – Bitte schön!

Tino Kretschmann (AG Straße von Berlin-Mitte): Schönen Dank erst mal für die Einladung, und Ihnen auch noch einen schönen guten Tag! Ich hoffe, Sie haben gut geschlafen in einem Bett. Wir fangen mal so an, damit Sie Klarheit haben: Wir reden über Menschen, die heute Nacht auf der Straße, unter Brücken, am Potsdamer Platz, in der Friedrichstraße, am Alexanderplatz, am Zoo, überall in irgendwelchen Parks, auf Bänken, auf Pappen, manchmal auf Matratzen geschlafen haben, wenn ihnen die im Sommer gelassen werden, manche auch in Zelten. Das ist die Situation von Leuten, die auf der Straße leben, heute Nacht gewesen. Sie hatten Gott sei Dank schönes Wetter, aber das ist nicht immer so, und das wird demnächst noch mehr, wenn wir den Wetterbericht verfolgen. In der nächsten Woche geht es wieder hoch auf über 30 Grad. Die Leute brauchen Schatten, die brauchen Wasser. Die Menschen brauchen gesundheitliche Fürsorge, Vorsorge et cetera. Die Menschen haben Suchterkrankungen, sind psychisch erkrankt et cetera.

Wir versuchen jetzt mal konkret reinzugehen: Wir haben gesagt, etwa 6 000 Menschen sind in Berlin obdachlos. Es gibt andere Zahlen, die sprechen von 8 000 bis 10 000. Wir reden hier nicht von einer statischen Zahl, sondern wir reden von einer, die sich permanent bewegt. Wenn Menschen in die ASOG-Unterkunft oder in Hilfe nach § 67 SGB XII gehen, heißt das nicht, dass sie dann weg sind, sondern es geht immer raus, rein, raus, rein. Wir haben ASOG-Unterkünfte, wo Leute aus diversesten Gründen nachvollziehbar immer wieder rausgehen und erst gar nicht wieder reingehen, weil die Zustände haben, die katastrophal sind. Wenn Sie sich vorstellen, Sie müssten jede Nacht mit jemandem zusammen in einem Zimmer übernachten, denn Einzelbetten gibt es sehr selten, der zum Beispiel einen Tag-Nacht-Rhythmus hat, der Ihnen nicht gefällt, oder der vielleicht Suchtdruck hat et cetera pp., dann haben Sie bestimmt keine Lust darauf, dort länger zu bleiben. Wir haben nicht nur obdachlose Menschen, die Suchtprobleme haben, sondern wir haben auch obdachlose Menschen, die versuchen, arbeiten zu gehen, während sie obdachlos sind. Obdachlos! Ich rede nicht von Leuten, die in einer ASOG-Unterkunft sind. Wir haben rumänische Bürgerinnen und Bürger, die unter anderem in Krankenhäusern oder als Pflegerinnen und Pfleger arbeiten und in Berlin unter der Brücke schlafen müssen.

Gleichzeitig haben wir eine Situation, und jetzt werden wir konkret, dass diese Menschen permanent Repressionen ausgesetzt sind, und der Druck wird immer größer und die gesellschaftliche Debatte in der Richtung wird leider immer heftiger. Wir haben seit letztem Jahr die BVG-Reinigungsstreife. Die hat dazu geführt, dass sich viele Problemlagen in die Kieze verlagert haben. Wir haben die Debatte um den Görli und den Zaun. Die Verdrängungsprozesse finden jetzt schon statt. Das geht in Richtung Treptower Park und immer weiter in Richtung Köpenick. Wir haben einen von der Deutschen Bahn angekündigten Umbau am Alexanderplatz, wo es auch wieder um Verdrängung von Wohnungslosen geht, und zwar ganz konkret. In der Baugenehmigung des Eisenbahnbundesamt wird es auch so benannt. Das heißt genau das, dass sich Menschen, die keine Fahrabsicht haben, zum Beispiel Wohnungslose, dort möglichst nicht mehr sich aufhalten sollen. Es wird von Angsträumen gesprochen.

Jetzt komme ich zurück: Wer muss eigentlich Angst haben? Vielleicht haben Sie den Tagesspiegel-Artikel vom Wochenende gelesen, wo wir ein Interview dazu gegeben haben. Angst haben müssen eigentlich die Menschen auf der Straße, denn sie sind nämlich die Gruppe, die

am häufigsten und am stärksten von Gewalt und schwerer Kriminalität betroffen ist, bezogen auf die Anzahl, die sie sind. 500 Menschen waren letztes Jahr statistisch zum Beispiel von schwerem Raub, Mord, Vergewaltigung betroffen. Das ist nur die Statistik, die wir polizeilich haben. Die Dunkelziffer ist enorm höher. Wir würden als Straßensozialarbeiter davon ausgehen – – Vielleicht stelle ich mich noch kurz vor: Ich bin Straßensozialarbeiter bei Gangway und mache das seit fünf Jahren. Ich kenne den Alexanderplatz, denn das wird gleich als Schwerpunkt Thema sein, schon sehr lange aus beruflichem Kontext, weil ich vorher viele Jahre das Platzmanagement Alexanderplatz für junge Menschen gemacht habe. Wir haben die Situation, dass Menschen auf der Straße eigentlich immer in irgendeiner Weise Kriminalität erleben. Das muss nicht immer untereinander sein, wie es immer behauptet wird, sondern das ist ganz oft von außen, rassistisch motiviert, menschenverachtend, weil das ein Obdachloser ist. Der Mensch ist nichts wert.

Es gibt Menschen, die wurden – Sie kennen vielleicht den Artikel – in der Nacht einfach ins Wasser geworfen, aus dem Schlaf gerissen. Leuten werden permanent die Zelte zerrissen, und das ist sozusagen das, was aus der Gesellschaft heraus auf die Menschen zuschwappt und dem sie permanent ausgesetzt sind, und dann haben wir gleichzeitig die Situation von regelmäßigen Räumungen durch Ordnungsämter, weil die Meldungen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern et cetera kriegen, Brücken, die – angeblich aus Brandschutzgründen – unten freigehalten werden müssen und so weiter. Das heißt, die müssen auch permanent umziehen, die sind permanentem Stress ausgesetzt und gleichzeitig haben sie oftmals keine Leistungsberechtigung oder haben die Leistungsberechtigung zumindest im Augenblick nicht, weil ihnen ein Ausweis fehlt, ein Pass fehlt et cetera. Bei manchen Leuten dauert das sehr lange, weil wir nämlich Menschen haben, die zum Beispiel 20 Jahre lang keinen Ausweis hatten. Da muss man erst zum LKA, dann muss das LKA prüfen: Gibt es den Menschen? Das ist eine sehr lange Palette, die im Vorfeld von allen möglichen Hilfen, die dann konkret werden, oftmals erst erledigt werden muss, und die Leute brauchen erst mal eine Vertrauensbasis. Das machen wir zum Beispiel als Straßensozialarbeit. Das machen andere, die aufsuchend sind, Kolleginnen und Kollegen von mir sitzen gerade hinter mir, die vor allem auch spezielle Punkte haben, zum Beispiel auch Gesundheitsversorgung, aber auch verschiedenste Sprachen, die wir leider auch wirklich in der ganzen Bandbreite brauchen und oftmals nicht haben. Wir haben in Berlin geschätzt vielleicht drei oder vier Kolleginnen und Kollegen, die auf der niedrigschwelligen Ebene zum Beispiel rumänisch, russisch sprechen, wir haben ein paar mehr Leute, die im polnischen Bereich unterwegs sind. Aber es ist trotzdem sehr schwierig, weil wir natürlich auch bei einem Kontakt die Sprache brauchen. Wenn wir die nicht haben, dann wird es schon mal an der Stelle schwierig, und da brauchen wir auf jeden Fall Personal.

Am Alexanderplatz bedarf es unbedingt eines Tagestreffs. Um es konkret zu machen, ich habe diese Forderung hier noch mal dabei, damit Sie sich die durchlesen können. Das ist dem Senat zugegangen, es ist auch dem Bezirk zugegangen. Es ist mir klar, dass dieser Tagestreff eigentlich Bezirksaufgabe ist, aber in der Größenordnung, wie wir ihn uns als AG-Straße wünschen, braucht es dort ganz klar die Unterstützung des Senats und im Zweifelsfall auch Drittmittel, die man noch woanders her besorgt. Wer sich das Hofbräuhaus am Alexanderplatz während der Coronazeit und kurz danach angeschaut hat, als es dort einen Tagestreff für obdachlose Menschen gab, da sind dort im Schnitt 360 Menschen pro Tag gewesen, und wir denken, wir brauchen genau für so eine Größenordnung dort einen Tagestreff, zentral gelegen, gut erreichbar, mit allen möglichen Forderungen, die ein Tagestreff haben muss: Man muss sich dort waschen können, man muss die Möglichkeit haben, dort eine Waschmaschine zu nutzen, man muss die Möglichkeit haben, sich dort auszuruhen, was zu essen zu kriegen und niedrigschwellige Beratung. So ein zentraler Tagestreff kann auch dazu beitragen, an der Stelle in Ost-Berlin, dass dort Kapazitäten miteinander verbündet und verknüpft werden, und das haben wir auch schon dort am Hofbräuhaus erlebt, dass dann Kolleginnen und Kollegen aus der aufsuchenden Arbeit, die zum Beispiel bestimmte Beratungsangebote im Gesundheitsbereich oder bestimmte Sprachangebote gemacht haben, dort hingegangen sind, einmal in der Woche oder zweimal in der Woche, oder die soziale Wohnhilfe, da ist unglaublich viel passiert. Da ist ganz viel miteinander verknüpft worden. Wir haben kurze Wege gehabt, und wir wünschen uns, dass es in dieser Stadt, in Ost-Berlin an der Stelle, in der Nähe des Alexanderplatzes, einen Tagestreff in der Größenordnung gibt, wo täglich zwischen 300 und 400 Menschen hinkommen können, das heißt, in der Stunde um die 50 oder so. Am besten wäre, dass es die Möglichkeit gibt, dass dieser Tagestreff in der Zeit geöffnet hat, wo Notunterbringungen geschlossen sind. Das heißt, in der Kältehilfesaison oder in der Hitzehilfesaison

beziehungsweise, dass sich die Menschen dort im Tagesbereich aufhalten können und dort auch erst- und niedrigschwellige Hilfe erhalten. – Die Zeit ist sehr kurz, vielleicht können wir später mehr darauf eingehen.

Ich würde nur noch mal darauf hinweisen, wir reden hier etwa zu 50 Prozent von Menschen, die erst mal definitiv keine Leistungsberechtigung haben und für die viele Dinge, von denen Sie als Senatsverwaltung gerade gesprochen haben, nicht infrage kommen. Housing first – wie sollen die dort reinkommen, wenn sie keine Leistungsberechtigung haben und wenn sie dann überhaupt nicht diese Wohnung bezahlen können et cetera pp? Wir haben ganz viele Leute, die erhebliche gesundheitliche Probleme haben und die Grundversorgung im Vorfeld, Prävention überhaupt nicht stattfinden kann, weil das immer erst im Notfall gemacht wird. Wir haben verschiedene Möglichkeiten, wo Leute kostenfrei hingehen können. Das ist karitativ und teilweise unterstützt, aber was den Menschen fehlt, ist, dass sie normalen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Das wäre auch ein Punkt, der wichtig ist, für diese Stadt zu gucken, ob es nicht so etwas gibt wie: Alle Menschen, die hier in dieser Stadt leben haben Zugang zum Gesundheitssystem, damit sie auch bei kleineren Sachen im Vorfeld schon dorthin gehen können und nicht erst, wenn das Bein amputiert werden muss. – Vielen Dank, später mehr!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Kretschmann! – Herr Klässig, wollen Sie ergänzen beziehungsweise Ihren Input geben? – Bitte schön!

David Klässig (AWO Landesverband Berlin e. V.): Vielen Dank auch für die Einladung! – Das mag bei mir jetzt alles etwas technischer klingen, aber ich gehe davon aus, dass wir alle in einer Gesellschaft leben wollen, die ein bedarfsgerechtes Hilfesystem an den individuellen Bedarfen ausgerichtet, ohne Einschränkung bei Herkunft, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Religion, haben möchten.

Wir haben die Zahlen gesehen: 6 000 Menschen ohne Unterkunft auf der Straße, dazu noch mal in verdeckter Wohnungslosigkeit, klingt manchmal vielleicht so ein bisschen nett – bei Freunden untergekommen –, aber das sind prekäre Situationen. Wir können jetzt Bilder zeichnen von Situationen von Frauen, die verdeckt wohnungslos sind, das sind sehr unangenehme und unschöne Situationen, die wir unbedingt vermeiden sollten.

Sie haben die Zahlen gesehen, was wir für Angebote haben und das, was Herr Kretschmann für Mitte dargestellt hat, solche Tagestreffs brauchen wir natürlich berlinweit. Wir brauchen den Schutz vor Hitze, vor Kälte, Dusch- und Waschmöglichkeiten und auch die Gesundheitsversorgung. Wenn wir das in einem Bezirk ausbauen und drei Straßen weiter im Nachbarbezirk nichts haben, dann kriegen wir auch ein Problem.

Dafür müssen wir Bedarfe ermitteln und uns auch auf gemeinsame Standards einigen. Das ist ganz wichtig, und natürlich dürfen wir nicht vergessen, wir brauchen auch einen Ausbau der professionalisierten aufsuchenden sozialen Arbeit. Wir brauchen Orte, aber wir müssen auch mit sozialer Arbeit dahin gehen können, wo die Menschen sind. Das betrifft jetzt erst mal nur den Tag.

Kommen wir mal zur Nacht. Sie haben das eindrücklich dargestellt, Herr Kretschmann. Was ist in der Nacht? Welche Lehren haben wir aus der 24/7 für unsere Notunterkünfte gezogen?

Ich würde sagen, beziehungsweise die LIGA würde sagen: Lassen Sie uns über den Ausbau von Notunterkünften nach den Standards von 24/7 nachdenken, dass wir nur noch ergänzend Kältehilfe leisten müssen, weil Kältehilfe wirklich nur existenzsichernd ist. Wo gehen diese tausend Menschen, die wir rundum versorgen, im Sommer hin? Wo bleiben die? Wenn wir über die Nacht sprechen, sprechen wir natürlich auch über die ordnungsrechtliche Unterbringung. Die Senatsverwaltung hat dazu mal eine Prognose für 2028 gemacht: Rund 100 000 untergebrachte Menschen, das wäre dann jede 38. Person, die in Berlin lebt.

Berlin ist jetzt schon an zweiter Stelle im bundesweiten Vergleich bei den untergebrachten Personen. Ich würde gern vermeiden, dass wir den Spitzenplatz erreichen. Laut der Wohnungslosen Berichterstattung 2024, wenn ich die Quelle richtig gelesen habe, ist Hamburg, glaube ich, noch davor. – Ja, in den ASOG-Unterkünften leben Kinder. Die AWO hatte 2015 dazu einen Fachtag gemacht, und da hat der Bezirk Neukölln angegeben, dass 2014 schon 500 Kinder im ASOG untergebracht sind. Da sind wir jetzt bei der Unterbringung. Da sind wir bei der Versorgung am Tag. Da haben wir Wohnungslosigkeit noch nicht beendet. Das ist das Ziel 2030.

Kommen wir zu den Hilfen, die hier schon vorgestellt wurden, die den Löwenanteil darstellen, die 67er-Hilfen. Ich selbst war in der Wohnungsnotfallhilfe, das war mein Einstieg, in den 67er-Hilfen tätig, bevor ich dann als Referent übergeordnet tätig wurde. Während die Unterbringungszahlen offensichtlich steigen und prognostiziert steigen, stagnieren seit einigen Jahren die Hilfen nach 67, da sind wir so bei rund 7 000 Hilfen. Es ist die Frage, ob das das Ziel vom Planmengenverfahren war oder ob es uns an der Stelle weiterhilft. Ich weiß es nicht. Diese Hilfen wurden gerade evaluiert, wie wir gesehen haben. Wir müssen uns über die Zugänge Gedanken machen. Als naiver junger Sozialarbeiter, als ich eingestiegen bin, dachte ich: ASOG und 67er, das geht irgendwie Hand in Hand. Jetzt haben wir aber unabhängig wissenschaftlich festgestellt, der Zugang aus dem niedrigschwelligen Bereich und aus dem ASOG ist verbesserungswürdig. Jetzt müssen wir uns gemeinsam überlegen, wie machen wir das? Sind unsere sozialen Wohnhilfen, die Fachstellen, personell so ausgestattet – und ich meine nicht mit Planstellen, sondern ich meine mit echten Personen –, dass sie wirklich aufsuchend dieser Tätigkeit nachgehen können? Wollen wir Träger damit beauftragen? Wollen wir das zuwendungsfinanziert machen? Wollen wir das über den 67er machen? Da kann man ja kreativ drüber nachdenken.

Ein weiterer Bereich ist: Ja, wir haben ein gutes Hilfesystem, das ausdifferenziert ist, aber wir müssen wirklich schauen, ob wir alle Bedarfe gut abdecken. Wir haben die Hinweise bei Familien – und das ist im 67er Mehrarbeit –, ich sage mal Familie mit zwei Personen, wo beide einen Hilfebedarf haben, Kinder oder Alleinerziehende mit Kindern, Unterhaltsvorschuss, Kitanavigator, alle diese Sachen sind mehr als beim System, wo wir früher davon ausgegangen sind: alleinstehende männliche Personen. Das System muss sich an der Stelle weiter mit entwickeln, und vielleicht jetzt auch etwas technisch dazu, das müssen wir dann auch Menschen vermitteln, die vielleicht nicht aus der Fachlichkeit kommen, sondern eher die Finanzen im Blick haben, und da müssten wir die ESD auch schon zeitnah mit einbinden, damit wir das umgesetzt bekommen.

Eine weitere Erkenntnis ist: Ja, in den anderen Systemen der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe – – Veränderungen haben Einfluss auf die Hilfen, die wir hier mit den 67ern leisten, den Hilfen zum Überleben. Das heißt, wenn es dort Veränderungen gibt, Standardabsenkungen,

dann sehen wir, dass wir auch hier ein Problem bekommen, und die Senatsverwaltung hat ja ein Rundschreiben gemacht, ich glaube April 2023, dass eigentlich alle Hilfesysteme, ob Jugendhilfe oder Eingliederungshilfe oder die Hilfen zum Überleben, individuelle Ansätze haben und nebeneinander existieren. Ich weiß jetzt nicht, wie groß die Anzahl bei multiplen Problemlagen ist, etwa der gleichzeitigen Gewährung von Jugendhilfe, 67er und Eingliederungshilfe. Wir müssen an den Schnittstellen arbeiten. Im Übrigen sind das alles drei entgeltfinanzierte Leistungen mit individuellen Rechtsansprüchen. Ja, das kostet alles Geld. Aber was sind die Folgekosten des Nichtstuns? Ich glaube, das kommt uns am Ende des Tages teurer zu stehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihren Input! – Ich schaue in die Runde und bitte um Wortmeldungen! Ich weiß, Herr Kurt ist gerade nicht da, das ist ein ernsthaftes Problem. – Herr Valgolio, Herr Wohlert, Herr Düsterhöft, Frau Wahlen. – Dann gehen wir genau in dieser Reihenfolge vor. – Herr Valgolio, bitte schön! – Wenn es zu viele Fragen werden, dann geben Sie bitte ein Signal! Dann machen wir eine Antwortrunde, aber ansonsten würden wir so weit wie möglich sammeln.

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank an die Anzuhörenden für die eindrücklichen Berichte und auch an Sie für den Einstieg und den Input! – Ich möchte die Anzuhörenden drei Dinge fragen. Sie haben ja die verschiedenen Angebote dargestellt, was sie auszeichnet, was sie unterscheidet, die verschiedenen Rechtsgrundlagen. Was sind aus Ihrer Sicht die Angebote für wohnungslose Menschen, die gut funktionieren, die wichtig sind, die am ehesten ausgebaut werden sollen?

Zweite Frage, da waren Sie jetzt noch nicht drauf eingegangen: Was wird getan und was kann vielleicht noch mehr getan werden, um präventiv Wohnungslosigkeit zu vermeiden? Wir haben uns jetzt ja vor allem damit beschäftigt, wie die Menschen betreut und wie denen geholfen wird, die schon auf der Straße sind. Aber mindestens genauso wichtig ist ja, auch präventiv Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Das wäre super, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Dritte Frage: Herr Kretschmann, Sie hatten das angetippt, im Bereich Housing first sind ja die Vermittlungszahlen deutlich rückläufig, also die Zahlen derjenigen, die wirklich über dieses Programm in Wohnungen vermittelt werden, stagnieren zumindest oder sind rückläufig. Vielleicht können Sie uns aus Ihrer Praxis eine Einschätzung geben, woran das liegen mag und wie man da gegensteuern könnte.

Dann habe ich noch zwei Fragen an den Senat: Einmal ist ja dargestellt worden, dass wir jetzt so eine Art GStU-light haben, für die nicht unbedingt Verträge abgeschlossen werden müssen, sondern für die die Amtsleiter Qualitätsstandards entwickelt haben. Meine Frage ist: Führt das denn in der Praxis dazu, dass Unterkünfte wirklich nicht belegt werden, wenn sie diese Kriterien nicht erfüllen? Oder ist es nicht vielmehr so, wenn man ehrlich ist, dass aufgrund des Drucks einfach alles belegt wird, wo irgendwas frei ist? Das, denke ich, gehört mit zur Ehrlichkeit, wenn man über diese Verträge und Qualitätsstandards spricht, die Sie angesprochen haben.

Letzte Frage an den Senat: Können Sie sagen, wann die Leitlinien der Wohnungslosenhilfe vorliegen werden? – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank für Ihre Fragen! – Herr Wohlert, bitte schön!

Björn Wohlert (CDU): Vielen Dank an die Anzuhörenden und auch die Vertreter des Senats für die sehr umfangreichen Darstellungen! – Ich habe ein paar kurze Fragen. Zum einen zu den ordnungsrechtlich untergebrachten wohnungslosen Menschen: Kann man da noch mal aufschlüsseln, welche unterschiedlichen Menschen hinter dieser Zahl stecken? Dann Vergütungsstufen, Leistungstypen: Was würde das konkret bedeuten? Über welche Stufen reden wir da genau? Dann Integration Housing first ins Regelsystem: Da wurden ja zwei Alternativen genannt, da würde mich sehr eine erste Einschätzung des Senats interessieren. Welche Alternative wird bevorzugt? Wie könnten die Diskussionen da weitergehen? Stichwort Planmengenverfahren – Beibehaltung, Abschaffung, Modifizierung – wie ist der aktuelle Gesprächsstand? Wie ist die Einschätzung des Senats?

Herr Kretschmann hatte die Zahl genannt, dass man auch sagen könnte, 8 000 bis 10 000 Menschen könnten obdachlos sein. Da interessiert mich, wo die Zahl herkommt, weil das ja immer ganz interessant ist, diese unterschiedlichen Zahlen zu betrachten und dann vielleicht auch ein Stück weit der Realität anzupassen:

Am Beispiel Tagestreff Alexanderplatz hat Herr Klässig noch gesagt, es gibt natürlich noch weitere Orte in Berlin, wo man so einen Tagestreff benötigen könnte. Da interessiert mich, was aus Sicht der beiden Anzuhörenden der Idealtyp eines Tagestreffs wäre, welche Angebote dahinter stecken. Ein paar wurden in der Kürze der Zeit angerissen. Wie werden diese Angebote mit anderen Angeboten vernetzt? So ein Tagestreff trifft ja sicherlich nicht immer auf ein komplettes Beratungsnetzwerk vor Ort. Gegebenenfalls müssen dann ja auch Strukturen vor Ort angepasst und verzahnt werden, nur dass wir mal so ein bisschen ein Gefühl dafür bekommen, was Sie sich vorstellen, sodass wir – auch mit Blick auf Haushaltsberatungen, sicherlich nicht alles kurzfristig, aber mit Blick auf die nächsten Jahre – dann vielleicht eine realistische Größenordnung entwickeln können, worüber wir eigentlich sprechen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Wohlert!

Lars Düsterhöft (SPD): Dann bin ich an der Reihe, und auch ich habe zahlreiche Fragen. Ich finde es schön, dass wir heute hier diskutieren, aber ich weiß auch, dass wir stark an der Oberfläche kratzen und dass wir noch mal viel intensiver reingehen könnten, wofür wir heute gar nicht so die Zeit haben.

Einmal zu den 67er-Hilfen: Vielen Dank für die Darstellung! – Ich fände es schön, wenn Sie noch mal ein bisschen mehr dazu sagen könnten, warum es einen schlechten Zugang für Menschen gibt, die in ASOG untergebracht sind, denn rechtlich betrachtet ist es ja möglich. Die Frage ist dann ja: An welchen Stellen hakt es? Wo müsste man aufbauen, sodass auch Menschen, die im ASOG untergebracht sind, auch noch mal 67er-Hilfen an die Hand bekommen, um aus dieser Situation rauszukommen? Denn genau darum muss es ja gehen, dass das ASOG einfach nur eine Übergangssituation ist und keine dauerhafte.

Die zweite Frage: Wie haben sich die Ausgaben der 67er-Hilfen entwickelt? Was ich mitgenommen habe, ist, dass die Fallzahlen relativ stabil sind, wenn ich das richtig verstanden habe, also nur leicht schwankend. Wie haben sich die Ausgaben entwickelt? Das sagt ja viel-

leicht auch noch mal ein bisschen was darüber, wie die Bewilligungspraxis oder die Leistungsgewährung aussieht. Wie geht die Senatsverwaltung konkret mit den Ergebnissen der Studie um? Wie ist der Zeitplan, um in die Umsetzung beziehungsweise in die Vollziehung der Empfehlungen reinzukommen?

Eine Frage zur GStU: Wird es einen Stichtag geben? Die Frage von Herrn Valgolio finde ich extrem wichtig. Gibt es überhaupt den Moment, wo man einen Hebel in der Hand hat, um die Kapazitäten, die man eigentlich nicht haben will, weil die Qualität so schlecht ist, dass man die auch wirklich mal rauskicken kann? Ist man einfach aufgrund der Fakten gezwungen, diese einfach alle weiterhin zu belegen? Dazu bräuchte es wahrscheinlich irgendwie so einen Stichtag, wo dann auch die Zuständigkeit von den Bezirken hin zum Senat wechselt, und der hat dann als neuer Ansprechpartner die Möglichkeit, auch zu sagen: Okay, mit uns kriegst du nur einen neuen Vertrag, und mit uns musst du auch andere Leistungsstandards erfüllen, und übrigens wollen wir in Zukunft auch nicht mehr so viel zahlen, weil viele dabei auch relativ gut verdienen. Das wäre noch mal ganz spannend, wenn Sie das ausführen könnten.

Gern auch noch mal ein Wort zur AV-Wohnen. Das hat mir gefehlt, denn wenn es um die Frage geht, wie wir die Leute aus der ASOG-Unterbringung rausholen, was extrem teuer ist, müssen wir natürlich über die AV-Wohnen sprechen. Da ist nicht nur die Frage der Anpassung zentral. Ich weiß, das ist eine Debatte, die geführt wird, die wird auch immer mit Blick auf Geld geführt. Mich würde interessieren, wie es mit den Kosten aussieht, die da eingespart werden können, wenn Menschen eine eigene Wohnung und einen Mietvertrag in der Tasche haben. Gibt es die Möglichkeit, anhand von Fallbeispielen mindestens ein Einsparpotenzial aufzuzeigen? Denn das ist ja die große Krux, bei AV-Wohnen, wenn man da hochgeht, steigen die Kosten unmittelbar, das verstehen wir. Auf der anderen Seite ist eigentlich ASOG viel teurer. Also muss man diese Debatte führen, was für die gesamte Gesellschaft und für den einzelnen Menschen wichtiger ist. Dann kommen wir wohl immer dazu, dass eine höhere AV-Wohnen wahrscheinlich sinnvoller wäre. Also diese Debatte, finde ich, sollten wir hier jetzt auch noch mal einbringen.

Dann auch noch mal ein paar Fragen an Herrn Kretschmann: Vielen herzlichen Dank für Ihr Engagement! Ich sehe im Hintergrund auch noch weitere Akteurinnen und Akteure sitzen – auch schön, dass Sie da sind! – Mich würde ganz besonders interessieren: Wie nehmen Sie die Polizei am Alexanderplatz wahr? Wenn Sie sagen, dass ein Großteil der Gewalt, die am Alexanderplatz registriert wird, genau diese Menschen betrifft, dann interessiert mich: Wie ist auch der Blick der anderen Hilfsorganisationen, beispielsweise Polizei, auf die Situation? Ist die Polizei eine Unterstützung für Sie? Oder sieht die Polizei das eher – beispielsweise so wie die Bahn – als ein Teil des Problems an? Ohne, dass ich jetzt der Polizei irgendetwas unterstellen möchte, wirklich überhaupt nicht, aber ich glaube, es geht um die Sichtweise auf die Situation. Da interessiert mich: Wie bewerten Sie das?

Genauso auch, wenn Sie sagen, die Bahn baut jetzt dort groß um und das mit der Maßgabe, Obdachlosigkeit zu verdrängen. Dann frage ich mich, welche Gespräche gab es, auch an den Senat gerichtet, mit der Bahn in Bezug auf deren Verantwortung? Denn an anderer Stelle, am Bahnhof Zoo, am Ostbahnhof, da übernehmen sie diese ja, teils, groß, ein bisschen kleiner am Ostbahnhof, und sehen also, dass es auch in ihrem eigenen Interesse ist, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, Engagement von, beispielsweise, der Stadtmission zu unterstützen, sodass die Menschen, die sie vielleicht nicht im Bereich haben wollen, wo sich die Fahrgäste

bewegen – – aber sie einfach mal Verantwortung auch für diese Menschen haben, dass sie diese also dort wahrnehmen. Dann müsste es ja auch unter Umständen eine Bereitschaft geben, sich am Alexanderplatz noch mal einzubringen. Ich vermute mal, dass es der Bahn auch darum geht, mehr Geschäfte in den Alexanderplatz reinzubringen, also vielleicht noch mal höhere Mieten zu kassieren, um da auch wirtschaftlicher unterwegs zu sein, und trotzdem ist es ja vielleicht möglich, dort auch über Räumlichkeiten zu sprechen, die die Bahn dann kostenfrei zur Verfügung stellt. Deswegen die Frage: Welche Gespräche gab es? Gibt es vielleicht noch mal den Versuch, auf die Bahn zuzugehen, bevor jetzt der Umbau ganz konkret wird und Fakten geschaffen werden?

Abschließend die Frage: Wie bewertet der Senat die Forderung nach dem Tagestreff? Die Kosten sind sicherlich sehr hoch. Trotzdem interessiert mich die Bewertung der Forderung, unabhängig von den finanziellen Verbindlichkeiten, die damit verbunden wären. – Haben Sie vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Jetzt ist Frau Wahlen dran!

Catrin Wahlen (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank! – Ich mache es auch sehr kurz. Herr Kretschmann, Sie haben den Bereich erwähnt, der wirklich im Vorfeld jeglicher Hilfen stattfinden muss, nämlich zum Beispiel, dass man einen Ausweis oder einen Pass bekommen kann und dort schon eine Art Clearing erfahren könnte. – Was ist Ihr Gefühl, beziehungsweise was ist Ihr Stand, wie viel mehr Personen bräuchten wir? An welcher Stelle müssten wir die Projektfinanzierung der Träger anpassen, sodass wir wenigstens einen Ansatz hätten, hier tatsächlich tätig zu werden?

Zur Gesundheitsversorgung: Außer der Notfälle debattieren Sie auch die Berlin-Card, also diese Karte für Menschen, die in Berlin sind, aber deren Papierexistenz sozusagen prekär ist. – Das sind meine beiden Fragen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Wahlen! – Herr Meyer.

Sven Meyer (SPD): Vielen Dank! – Ich habe nur zwei kleine Nachfragen. Das eine ist anknüpfend an Herrn Düsterhöft, spezifisch an Herrn Kretschmann: Sie haben sehr eindrücklich und nachhaltig beschrieben, dass die Sicherheit gerade der Obdachlosen sehr prekär ist. Da meine Frage: Welche Erfahrungen machen Sie da beispielsweise mit der Polizei? Wie wichtig ist dann auch die gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung? Wie wichtig ist es, da für die Sicherheit zu sorgen? Um ein Beispiel zu nennen: Wenn die gesellschaftliche Akzeptanz extrem sinkt, was bedeutet das für die Sicherheit der Menschen auf der Straße? Wie wichtig ist es, auch die Akzeptanz zu erhöhen und überhaupt die Sichtbarkeit insofern zu erhöhen, dass man das auch wirklich als notwendig erachtet, für die Sicherheit da zu sein? Auch anknüpfend an die Frage von Herrn Düsterhöft: Was kann man tun, auch stadtplanerisch, um auf der einen Seite die Bedürfnisse der Obdachlosen aufzunehmen, auch in der Stadtplanung zu integrieren, aber auf der anderen Seite vielleicht auch die Konflikte, die dadurch entstehen, zu minimieren? Ein Punkt, den Sie ja genannt haben, sind die Tageseinrichtungen. Aber was kann man noch tun, jetzt gerade sehr beispielhaft am Alexanderplatz?

Als letzte Frage an Sie beide: Wie sieht es mit sozialpsychologischer Betreuung aus? Sie haben jetzt noch mal die Gesundheit als ganz wesentlichen Aspekt benannt, aber gerade was

Trauma anbelangt, was Gewalterfahrung anbelangt, vielleicht auch im Vorfeld, was zur Obdachlosigkeit geführt hat: Wie wichtig ist die sozialpsychologische Betreuung, um aus dieser Obdachlosigkeit herauszukommen, und wie steht es da aktuell? – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Meyer! – Frau Auricht, bitte schön!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Es wurde ja schon sehr viel gefragt. Ich habe auch nur noch zwei kurze Fragen. Wir haben ja auch die verdeckten Wohnungslosen. Mich interessiert: Hat man die auch im Blick, oder ist man eigentlich froh, dass die irgendwo untergekommen sind – um Gottes Willen, nicht auch noch die? Gibt es für diese Menschen auch schon irgendwie ein Programm oder eine Anlaufstelle, um sie aus der Wohnungslosigkeit rauszubekommen? Es kann ja nicht sein, dass diese Leute ständig bei irgendwelchen Freunden oder Kumpels auf der Couch schlafen müssen.

Dann interessiert mich noch mal: Wir haben ja Bezirke, die besonders mit Obdachlosigkeit belastet sind, und Bezirke, die das weniger betrifft. Gibt es eine Möglichkeit beziehungsweise ist das überhaupt gewollt und sinnvoll, das so ein bisschen zu dezentralisieren, dass man sagt: Wir nehmen die Bezirke auch in die Pflicht, sich darum zu kümmern und Unterkünfte oder Tagesangebote anzubieten und nicht immer nur die Bezirke in die Pflicht zu nehmen, wo die Obdachlosigkeit so extrem sichtbar ist?

Eine Frage, die so ähnlich Herr Valgolio schon gestellt hat: Wir haben sehr viel über Hilfsmaßnahmen und Angebote gesprochen. Was ist aus Ihrer Sicht sinnvoll, um wirklich präventiv gegen Obdachlosigkeit vorzugehen? Wir haben ja das Ziel, 2030 die Obdachlosigkeit zu beenden. Ich sehe das sehr skeptisch. Was wären wirkliche Maßnahmen, um die Obdachlosigkeit aus Ihrer Sicht wirksam zu bekämpfen und nicht immer nur ein Heftpflaster draufzukleben, sondern wirklich die Ursachen zu bekämpfen? — Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Herr Kurt.

Taylan Kurt (GRÜNE): Herzlichen Dank auch meinerseits! – Ich glaube, es ist untertrieben, wenn ich sage, die Situation der obdachlosen Menschen auf Berlins Straßen ist katastrophal. Anders kann man es nicht beschreiben. Wir haben eine massive Verelendung von Menschen auf der Straße. Das sehen wir nicht nur am Alexanderplatz, das sehen wir am Leopoldplatz, Sie müssen ja nur U-Bahn fahren, U7, U8, U9, dass wir dort extrem zugenommene Problemlagen haben, auch im Vergleich zu den vergangenen Jahren.

Wir haben während der Coronapandemie einen Rückgang erlebt. Wir haben jetzt wieder eine Zunahme. Das ist auch eine Frage, die ich an Herrn Kretschmann habe: Sie sind ja mit den Menschen im Gespräch. Viele kommen hierher auf der Suche nach Arbeit, landen häufig in der Arbeitsausbeutung, aber, wenn Menschen dann hier auf der Straße sind, warum fällt es schwer, Ansprüche wahrzunehmen, wenn Ansprüche da sind, beziehungsweise wie sehen Sie die Perspektive? Wir haben ein System, das niedrigschwellig ist, das gut genug ist, dass keiner auf der Straße stirbt, obwohl das auch passiert, aber es hilft den Leuten nicht, von der Straße wegzukommen, weil die Hilfen so konzipiert sind, dass sie eben nicht für alle Menschen in unserer Stadt offenstehen. Ich habe mir den Spaß erlaubt, heute im Vorfeld dieser Anhörung mal in die Richtlinien der Regierungspolitik zu schauen. Da stehen ganz tolle Sachen drin: Der Senat will die Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden und beenden. Da ist auch meine Frage an den Staatssekretär: Schaffen Sie das? Die Frage ist nicht: Wollen Sie das, sondern ist das ein realistisches Ziel jetzt nach zwei Jahren im Senat?

Zweitens sagen Sie dort: Die Schaffung von Wohnungen für Wohnungslose soll ausgeweitet werden. Wir haben gerade gehört, der Flaschenhals ist der Wohnungsmarkt. Wie sieht es dort konkret aus? – Mich interessiert auch: Der Senat will zusätzliche Obdachlosentreffs einrichten. Wir haben jetzt die Forderung nach einem Tagestreff am Alexanderplatz gehört. Wir als Fraktion unterstützen das übrigens, das stand auch in der Zeitung. Das gab es damals mal, das hat 700 000 Euro im Haushalt gekostet. Haben Sie im jetzigen Haushaltsentwurf, der uns nach den Sommerferien zukommen wird, vor, diese 700 000 Euro – wahrscheinlich sind es jetzt wegen der Inflation ein bisschen mehr – bereitzustellen und zu mobilisieren? Ich halte es bei einem Haushaltsvolumen von, glaube ich, knapp 2 Milliarden Euro, nicht für unmöglich.

Weiterhin interessiert mich, das ist meine Frage an Herrn Klässig: Sie haben ja gesagt, wir haben ein System, wo die Kältehilfe eigentlich nur eine Notunterbringung sein sollte. Das sehe ich auch so, ist nicht der Fall. Wie kommen wir zu einem System, was derzeit auf eine Notunterbringung für Personen ausgerichtet ist, die sich faktisch gar nicht mehr nur in der mehrtätigen Notunterbringung befinden? Wie kommen wir zu einem ganzheitlichen System, das sagt: Das grundsätzliche Angebot in der Wohnungsnotfallhilfe ist die 24/7-Einrichtung? Wie kann man da abseits der finanzpolitischen Debatten einen Übergang schaffen?

Was mich Richtung Senatsverwaltung noch mal interessiert, ist im Hinblick auf Ihre Präsentation – herzlichen Dank dafür! –, Sie haben die 67er-Studie vorgestellt. Es gab ja schon mal eine, 2012. Wenn man sich da die Ergebnisse der Studie von 2012 von Frau Prof. Gerull anschaut und sich die aktuellen Empfehlungen anguckt, kann man das Gefühl bekommen, dass das zwar ergänzt wurde, aber eigentlich nur 13 Jahre dazwischenliegen. Herr Staatssekretär! Sie sollen wohl bei der Veranstaltung angedeutet haben, dass die Umsetzung der Empfehlungen auch Teil der nächsten Wahlperiode sein kann und sich im Koalitionsvertrag der jeweiligen nächsten Landesregierung abbilden müsste. Sie sind jetzt noch mehr als über ein Jahr im Amt, davon gehe ich jedenfalls aus. Was tun Sie denn jetzt konkret, um die Empfehlung zu operationalisieren?

Der Leistungstyp Familie, der von der LIGA der Wohlfahrtsverbände vorgeschlagen wurde, ist nicht neu. Da ging es immer um die Frage: Was ist der Verhandlungsstand mit der Senatsverwaltung für Finanzen? Das Thema Planmengenverfahren ist die heilige Kuh, die am Ende des Tages geschlachtet werden muss, denn wir sehen quantitativ, dass die 67er-Hilfen das zentrale Instrument sind, um Menschen in Wohnraum zu vermitteln – trotz dieses Woh-

nungsmarktes – und auch in Wohnraum zu halten. Das waren knapp 3 000 Fälle im Jahr gewesen.

In Richtung 67er-Hilfen hatten wir als Fraktion noch mal einen Antrag vorgelegt. Ein Punkt, der uns auch zugetragen wurde, ist, dass ein Fach- und Finanzcontrolling in der Form fehlt, dass jährlich ausgewertet wird, mit welchen Maßnahmen welche Ziele am besten erreicht werden können. Denn aus diesen Zahlen, die sich in diesem – – abbilden, wenn man die systematisch statistisch auswerten würde, im Zweifel auch die finanzpolitische Debatte, die dort mit SenFin ansteht, das wäre einfacher, die zu führen, weil Sie das konkret mit Zahlen haben. Dazu haben Sie jetzt nichts gesagt. Planen Sie so etwas?

Mich interessiert, ob Sie planen, aufsuchende Hilfe für Menschen im ASOG anzubieten. Wie erfahre ich als wohnungsloser Mensch, dass ich einen Anspruch auf 67er-Hilfen habe beziehungsweise für das geschützte Marktsegment berechtigt bin? – Können Sie uns noch etwas zur Entwicklung der Zahlen der Wohnungslosen sagen? Wir haben eben gehört, dass wir 2028 100 000 haben werden, 2030 wohl angeblich 114 000. Haben Sie als Senatsverwaltung dazu schon konkrete Schätzungen, die Sie uns hier offenlegen können? Was planen Sie in diesem Bereich für diesen riesigen faktisch zweiten Wohnungsmarkt? Es ist ja kein Wohnungsmarkt, aber es ist so etwas wie eine Art Unterbringungsmarkt neben der GStU, die Sie jetzt planen – – zu reformieren, damit Menschen auch die Möglichkeit haben, da rauszukommen, beziehungsweise damit die Lebensverhältnisse vor Ort erträglicher werden. – Können Sie uns etwas zur neuen Gebührenordnung sagen? Davon haben wir jetzt auch nichts mehr gehört. Es sollte ja im ASOG dieses Hamburger Modell geben, damit Menschen, die arbeiten gehen, nicht die Dummen sind und bestraft werden, weil ihnen zwei Drittel ihres Gehalts abgezogen wird.

Mich interessiert dann noch abschließend: Sie haben gesagt, es gibt eine Kostenrechnung für das ASOG. Können Sie uns die zur Verfügung stellen?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Kurt! – Zum Abschluss Frau Wojahn.

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch vielen Dank von mir an die beiden Anzuhörenden! – Ich habe zwei ergänzende Fragen, und zwar an Herrn Kretschmann: Sie haben gesagt, dass es schwierig ist, Dolmetscherinnen und Dolmetscher zu bekommen. Wie genau verläuft die Akquise? Auch an den Senat: Wie kann der Senat zentral bei der Akquise von Dolmetscherdiensten helfen? Wie ist da die Zusammenarbeit mit Communities, aber auch mit der Schuldnerberatung als zentrales Präventionsinstrument? Wir hatten hier auch sehr viele Anhörungen zur BEMA. Wie läuft dort die Zusammenarbeit? Wie werden die Menschen beraten?

Ich kann die Frage an Herrn Klässig zum ganzheitlichen System nur unterzeichnen, weil das aus den Erfahrungen in den Bezirken ein zentrales Hindernis ist, nur für eine kurze Zeit eine Einrichtung für die Kältehilfe zu bewerkstelligen. Es kommt nicht so gut an wie eine ganzheitliche Unterbringung. Wie können wir das umsetzen? Denn das wird auch die Unterbringung der Menschen dort dezentralisieren, wo sie sich wirklich aufhalten, sodass sie nicht durch die ganze Stadt laufen müssen. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen habe ich derzeit nicht. Ich würde vorschlagen, dass wir die Reihenfolge umdrehen und bei Ihnen, Herr Klässig, anfangen. Wollen wir es so machen? – Bitte schön!

David Klässig (AWO Landesverband Berlin e. V.): Gerne! – Welche Angebote sollen ausgebaut werden? – Ich fasse jetzt mal die Fragen zu den Notübernachtungen, dem ganzheitlichen System und dem Ausbau der Angebote zusammen. – Ja, wir haben aus den 24/7 gelernt, aus den Notunterkünften, dass eine stabile Nachtsituation, wo ich nicht abends rein und morgens raus muss, zur Stabilität hilft, dass psychologische Betreuung und multiprofessionelle Teams in diesen Einrichtungen ganz wertvoll sind. Bevor wir überhaupt Ansprüche herstellen können, muss ja das grundlegende – und das ist Schlaf, Essen, Hygiene –, das kann sich jeder vorstellen, gewährleistet sein. Bevor ich komplexe Anträge nach SGB II stelle und dann vielleicht noch aus einem EU-Land komme, wo das relativ komplex ist – – das kann ich mit starken Selbsthilfefähigkeiten vielleicht erreichen, aber nicht, wenn ich morgens um 6 oder um 7 aus einer Notunterkunft raus muss und abends überlegen muss, ob ich da wieder reinkomme. Wir wissen auch, dass das System nicht selbsterklärend ist. Da brauchen wir Unterstützung, professionelle Sozialarbeit, die Verweisberatung macht, und wenn die vor Ort ist, wo die Leute in den 24/7-Einrichtungen sind, ausgebaut, ganzjährig, dann, glaube ich, schaffen wir es auch mit einem besseren Zugang.

Warum Zugang? – Das war ja auch eine Frage, zum 67er, aus dem ASOG und aus der niedrigschwelligen Hilfe. Das ist eine spannende Frage, weil wir uns fragen müssen: Wie ist das Wissen der Menschen, die im ASOG sind, dass sie dieses Anrecht haben? Wie ist die Ausstattung? Wie sind die Beratungsmöglichkeiten, die die Kolleginnen und Kollegen in den sozialen Wohnhilfen haben? Wie ist vielleicht auch der Zugang bei ASOG? Ich möchte nur noch mal sagen: Die LIGA hat nur ein Drittel der ASOG-Plätze, die anderen sind privat. Wenn ich es richtig verstehe, ist es nicht immer so einfach, einen Zugang zu haben. Wenn ich jetzt zum ASOG-Betreiber hingehe und sage: Hallo, hier ist Herr Klässig, ich möchte mal Ihre Kolleginnen und Kollegen und Bewohnerinnen und Bewohner über 67 informieren – dann muss ich jetzt nicht reingelassen werden, und das betrifft auch die Jugendhilfe oder die regionalen Dienste. Da müssen wir schon hinschauen. Das wäre natürlich eine Frage, ob wir das mit den Standards hinbekommen, dass es verpflichtend ist, dass man zum Abfluss aus dem System kommt, denn daran haben wir alle Interesse. Das muss keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sein mit dem ASOG. Wenn wir keine mehr brauchen, bin ich froh, und die Kolleginnen und Kollegen auch. Dann machen wir was anderes.

Zugang Ausbau, welche Angebote: Herr Valgolio, ja, wir müssen schauen, auch mit der Länge, dass wir bedarfsgerecht ausgestattet die Leistungstypen mit den Stunden haben. Es ist ja klar, je mehr Menschen ich mit unterschiedlichen multiplen Problemlagen berate und da nur denselben Stundensatz habe, ob da nun jemand alleinstehend ist oder in der Familie und Kinder hat, das dauert dann natürlich länger. Wenn wir da bedarfsgerecht die Stundenausstattung haben, kommen wir auch in eine Richtung, wo wir vielleicht schneller aus der Wohnungslosigkeit herauskommen.

Klar, Wohnungsmarkt ist ein Thema. Hier sei vielleicht ein Hinweis gestattet, ob wir da immer hinterherkommen, sozialen Wohnungsbau zu leisten, während wir immer mehr Wohnungen im sozialen Wohnungsbau verlieren, da weiß ich auch nicht, ob die Bindung da immer gelöst werden sollte.

Zur Gesundheitsversorgung: Ja, wir haben Clearingstellen und auch ein Zahnarztmobil. Das sind aber alles, wie Herr Kretschmann dargestellt hat, immer nur Notversorgungen. Natürlich wünschen wir uns, dass Menschen auch ohne Papiere eine durchgehende Gesundheitsversorgung haben und nicht erst, wenn die Krise kommt. Das ist dann auch Teil der Prävention. Je länger wir mit den Hilfen warten, je später wir in das System einsteigen, desto teurer wird es. Der Deutsche Städtetag hat das mal ausgerechnet. Jeder Euro, der investiert wird, bringt sieben wieder rein. Wir müssen eigentlich vor die Räumung kommen. Wenn jemand die Wohnung verliert und wir den in Wohnraum bringen, ist die Wohnung danach auch wahrscheinlich teurer. Das heißt, ob AV-Wohnen oder wie auch immer, der Mietspiegel steigt. Das sind alles Themen, die dann indirekte Kosten sind, die man nicht auf den ersten Blick sieht. Deswegen ist Prävention ein ganz wichtiges Angebot. Es gab ja mal die Idee, das wurde dann aber aus rechtlichen Bedenken nicht mehr weiterverfolgt, bei den Gerichtsvollziehern mit der Zustellung anzusetzen. Wir müssen daran denken, dass wir vielleicht Personen haben, die so belastet sind, dass sie die Post nicht aufmachen. Das ist kein böser Wille, aber wir müssen darüber nachdenken, wie wir die erreichen: Wie können wir diese Räumung verhindern, wie kommen wir vor die Räumung?

Sozialpsychologische Beratung – kannst du auch noch mal etwas sagen in dem Bereich –, aber ich glaube, das ist klar: Auf der Straße wird es nicht besser. Je länger jemand auf der Straße lebt und diese Erfahrungen macht, zwei Effekte: Die psychologische Belastung steigt und das Vertrauen ins Hilfesystem sinkt. Das heißt, auch wenn Ansprüche da sind, auch wenn wir mit sozialer Arbeit deutlich machen: Hier kann dir geholfen werden –, dann ist das ein längerer Prozess, je länger jemand auf der Straße ist, dass er auch wieder an dieses System glaubt. Das sehen wir in den 24/7, wo wir dann die Clearinggespräche geführt haben und sagen: Hier, du hast doch einen SGB II-Anspruch, du hast doch einen Anspruch auf die und die Leistung. – und dann schon diese Belastung oder die Auseinandersetzung, so einen Antrag zu stellen, die kann schon hoch sein. Da müssen wir Vorarbeit leisten.

System der Kältehilfe, ich glaube, ich habe es angedeutet. Es kann eine ergänzende Lösung sein, aber wir müssen uns auch noch mal vergegenwärtigen, das ist eine Saison von Oktober bis April mit unterschiedlichen Plätzen und überwiegend ehrenamtlich geleistet. Das ist eine ganz tolle Arbeit, und die leisten gute Arbeit, aber das sollte auch nicht unser Anspruch sein, dass wir überwiegend auf ehrenamtliche Arbeit bei der Unterbringung angewiesen sind.

Die verdeckte Wohnungslosigkeit haben wir im Blick. Ich glaube, ich habe das dargestellt, dass das prekäre Situationen sind und diese Menschen auch in Gefahr sind, weil das immer nur temporär ist. Jede Gastfreundschaft hat dann mal ein Ende, und die sind gefährdet – das meinte Herr Kretschmann ja auch –, wieder auf die Straße zu kommen. Das ist keine dauerhafte Lösung, und das ist in vielen Fällen auch mit ganz menschenunwürdigen Bedingungen verbunden, warum dann jemand in der Wohnung bleiben darf. Da kennen wir die Anfragen und die Kolleginnen und Kollegen von Menschen, die in verdeckter Wohnungslosigkeit sind. Das kann aus unserer Sicht natürlich keine dauerhafte Lösung sein. – Vielen Dank, soweit erst mal!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Herr Kretschmann!

Tino Kretschmann (AG Straße von Berlin-Mitte): Verzeihen Sie mir, wenn ich nicht alles beantworten kann! – Mal abgesehen davon, versuchen Sie zu verstehen: Ich bin Praktiker, also ich arbeite auf der Straße. Ich beschäftige mich natürlich mit den ganzen Hilfesystemen immer wieder und sehe als Erstes, was nicht hinhaut oder wo wir unbedingt Bedarfe decken müssten, die bisher Null gedeckt werden oder nur sehr gering, oder wo Problemlagen auftauchen, wo Leute erst mal überhaupt ins Hilfesystem kommen. Verzeihen Sie mir, ich bin kein Fachpolitiker, sondern ich bin Praktiker und bin sozialarbeitender Mensch, der sich gerne damit beschäftigt, auch tiefer. Ich würde deswegen versuchen, mich so gut es geht, auf die Dinge zu beziehen, zu denen ich wirklich etwas sagen kann.

Als Erstes würde ich gern zum Tagestreff, habe ich ja vorher gesagt, noch mal kurz was sagen, wie sollte so ein Tagestreff aussehen und vielleicht noch mal die Begründung, warum wir sagen: Das ist ja von Menschen, die alle auf der Straße auf irgendeiner Weise arbeiten, aus einer AG, die in Mitte vor zwei Jahren entstanden ist. Wir hatten letztes Jahr irgendwann im Herbst so einen Frust, weil wir einfach an unsere Grenzen kommen, kapazitätsmäßig, was unsere personelle Situation angeht. Sie stellen sich vor, wir als Gangway-Team sind drei Personen. Ist da eine Person krank oder im Urlaub, was ja ganz normal ist, sind wir nur noch zwei. Wenn ich dann noch eine AG oder politische Arbeit machen möchte, die ich ja hier gerade tue, dann wird es auf der Straße schon mal eng, weil wir müssen oft zu zweit auf der Straße sein, das ist Standard, das ist eigene Absicherung, aber das ist natürlich auch in der Situation mit Menschen, wo man auf der Straße arbeitet, die Möglichkeit, dass man diesen Menschen auch eine Hilfe geben kann, wo sie sich aussuchen können, ob sie mit Männlein oder Weiblein reden oder ob sie vielleicht eine bestimmte Sprache brauchen und gleichzeitig vielleicht ja auch ein Vertrauensverhältnis eher zu Person A als zu Person B haben, bis hin zu, wenn ich Erste Hilfe leisten möchte oder muss und einen Krankenwagen anrufe, dann geht einer vor und guckt, wo der Krankenwagen bleibt und der andere bleibt bei der Person. Also wir müssen zu zweit auf der Straße sein. Das ist Standard, wenn es anders ist, ist es schade. Die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einrichtungen, die teilweise nicht zu zweit auf die Straße gehen können, das ist eigentlich nicht in Ordnung, aber das ist zum Beispiel eine personelle Situation, weil Sie die Frage gestellt haben: Was brauchen wir auf der Straße? – Natürlich brauchen wir so eine personelle Ausstattung, dass Menschen mindestens immer zu zweit zu den Leuten auf die Straße gehen. Wir haben auch ganze Gruppen, wo Dynamiken sind, wo es wichtig ist, dass zwei Personen da sind. Insofern braucht es da eine gute Ausstattung. Ich weiß zum Beispiel aus Reinickendorf, dass es dort praktisch keine Straßensozialarbeit mit Wohnungslosen gibt, die genau diese Standards erfüllt. Da sind jetzt Kolleginnen und Kollegen aus dem Jugendbereich dran, die da gar nichts mit zu tun haben, und versuchen gerade, den Bezirk zu drängen, dass sie da was tun sollen. So viel kurz zur personellen Situation.

Man kann immer mehr haben, vor allem durch die, aus meiner Sicht, steigenden Zahl von Obdachlosen auf der Straße und aus dem, was wir an Zahlen haben – – Es gibt diese Schätzungen, weil Sie ja gefragt haben, es gibt diese offiziellen, die immer um die 6 000 liegen und dann gibt es die von den Wohlfahrtsverbänden, die liegen manchmal zwischen 8 000 und 10 000. Diese Zahlen sind alles nur Schätzungen. Wir werden nie die konkreten Zahlen haben können. Ich würde dann immer dem Senat empfehlen, versuchen Sie mal, das anhand der niedrigschwelligen Beratungszahlen zu schätzen. Das wäre doch mal eine gute Variante, vielleicht kommen Sie dann auf eine etwas genauere Zahl. Wenn man alle niedrigschwelligen Angebote nimmt und sagt: Okay, da gibt es auf jeden Fall eine Verdreifachung. – vielleicht

kommen Sie dann auf Zahlen, die in etwa so sind, wo wir sind, also wo wir wirklich real liegen.

Zum Tagestreff zurück: Wir haben uns überlegt, wissend darum, dass es diese Haushaltssituation gibt, die uns ja jedes Mal um die Ohren gehauen wird, ob vom Bezirk oder vom Senat bis hin zur Bundesregierung, dass es sehr eng ist, dass es immer kein Geld dafür gibt – – Ich sage erstens, das sind Prioritätensetzungen. Ich finde es immer spannend, wo Prioritäten gesetzt werden. Meine ganz persönliche Meinung: Olympiabewerbung, wenn man kein Geld hat? –, aber das ist meine ganz persönliche Meinung. Aber wo werden Prioritäten gesetzt? Wenn man sagt: Es geht um die Menschenwürde, und hier geht es um Artikel 1 in unserem Grundgesetz. Obdachlosigkeit widerspricht dem Grundsatz der Menschenwürde. Wir haben als Gesellschaft alles dafür zu tun, dass diese Menschen nicht obdachlos sind und dass sie in ausreichendem Maße geschützt sind. Das ist das Erste, was in unserem Grundgesetz steht und darauf berufen wir uns immer wieder, und da ist mehr Dringlichkeit als bei Olympia. – Entschuldigung!

Der Tagestreff würde uns die Möglichkeit geben, bestehende vorhandene Hilfestrukturen an so einem Tagestreff in dieser Größenordnung weiterhin in der Form, wie wir es im Hofbräuhaus schon mal hatten, zu bündeln. Das heißt, Menschen von den Frostschutzengeln, Leute von BEWM und so weiter können ihre aufsuchende Arbeit, die sie auch jetzt schon tun, zum Teil dorthin verlagern, an einem Tag, an zwei Tagen, je nachdem. Die soziale Wohnhilfe aus den Bezirken, es muss ja nicht unbedingt nur Mitte sein, könnte dorthin gehen und könnte zu bestimmten Tageszeiten Angebote machen, wo sie beratend da sind, wo sie ganz niedrigschwellig die Möglichkeit haben, die Leute zu erreichen, in einer Situation, wo die Menschen eine gewisse Ruhe haben, wo sie sich selbst entscheiden können: Will ich das heute, will ich das nicht, brauche ich das gerade? – oder wo sie mitkriegen: Ah, da gehen andere Leute hin –, das motiviert manchmal auch. Wenn die Menschen sehen, was andere dort bekommen, dann merken sie, das könnten sie ja vielleicht auch machen.

So ein Tagestreff hat den Vorteil, dass man eine Infrastruktur aufbaut, die für eine Größenordnung da ist, die auch groß ist. Ich sage Ihnen: Wünschenswert wäre es, in jedem Kiez gäbe es so etwas, mit Kapazitäten von 20 oder 30 Leuten oder so, schön klein, nett. Aber da brauchen Sie auch das entsprechende Personal, da brauchen Sie die Immobilie oder die Miete, die da bezahlt werden muss. Da brauchen Sie genauso dieselbe Infrastruktur. Sie brauchen was zum Waschen, Sie brauchen die Duschen et cetera pp. Wenn ich das aber alles versuche eher zu zentralisieren, jedenfalls an bestimmten Stellen zu zentralisieren – das heißt nicht, dass es die kleinen Tagestreffs nicht mehr geben soll, auf keinen Fall –, wenn wir versuchen, wenigstens im Osten und im Westen der Stadt an zentralen Stellen, wo viele Menschen hinkommen können, die auch gut erreichbar sind, solche Strukturen zu schaffen, haben wir eine Möglichkeit, viel mehr Menschen zu erreichen. Und wir haben die Möglichkeit, dass die Leute wirklich wissen, worauf sie sich verlassen können, weil so ein größerer Tagestreff in der Regel immer mehr Personal hat als ein kleiner Tagestreff.

In der Regel ist so ein größerer Tagestreff auch gut ausgelastet, also der hat auch nicht die Situation: Wir müssen jetzt Urlaubszeiten machen. Ich denke gerade an so einen ganz kleinen Tagestreff am Rand von Mitte in Richtung Reinickendorf. Das war mal eine Minieckkneipe. Da sind 15 bis 20 Leute, dann ist das Ding rappeldicke voll. Die haben nur die Leute, die halt dort in der Gegend unterwegs sind. Das ist schon eher eine Kiezorientierung, was super gut ist, aber das entspricht nicht den herumvagabundierenden vielen Menschen, die sich von A

nach B bewegen, die sich solche Zentren wie den Zoo oder insbesondere auch den Alexanderplatz zum Schnorren suchen, also die Leute versuchen ja auch, irgendwie Geld zu machen. Die gehen da natürlich hin, weil da eine unglaublich große Anzahl von Menschen ist, die im Zweifelsfall auch Geld gibt, damit sie ihr Überleben retten können. Deswegen ist es sicherlich sinnvoll, an so einer Stelle einen größeren Ort zu schaffen. Wir könnten die Leute dort auch viel besser hin vermitteln, Alexanderplatz ist super erreichbar. Das ist ähnlich wie am Zoologischen Garten, wo man auch relativ gut erreichbar etwas hat, aber zwischen dem Zoo und dem Alexanderplatz ist eine S-Bahn, da müssen die Leute auch fahren. Aber wir haben das Problem, am Zoo sind schon genug Leute, und da haben wir dann Charlottenburg dran, und dann kommt Spandau, wo keiner drüber redet, wo es auch massenweise Obdachlose gibt aber kaum Hilfe. Da haben wir eine Notübernachtung, wo zehn Leute übernachten können. Wenn Sie mal in Spandau waren, auch da gibt es obdachlose Menschen und auch mehr als das, was dort gemacht wird. Wir würden einfach wollen, dass die Stadt sagt: Okay, wir haben vielleicht nicht das Geld für noch mal 20 extra irgendwo, aber wir machen was Größeres, wo wir versuchen, über diese größere Struktur mehr Leute zu erreichen, die dann auch entsprechend ins Hilfesystem weitervermittelt werden können, weil sich vielleicht dort was bündelt. – Das wäre vielleicht so ein bisschen eine Mischfrage.

In so einen Tagestreff gehört ganz klar rein: Es muss Ruhebereiche geben, wo Leute sich ausruhen können, wo sie einfach sein können, wo sie einen Kaffee trinken können. Es muss genug Platz dort drin sein, sodass die Menschen nicht aufeinander hocken müssen. Deswegen auch eine Größenordnung von: Mindestens 50 bis 70 Leuten sollten in einer Stunde gleichzeitig dort drin sein können, wahrscheinlich wäre noch größer besser. In diesem Tagestreff muss die Möglichkeit bestehen, relativ ohne Probleme Duschen nutzen zu können. Es sollte nicht so sein, ich muss da jetzt dauernd Termine machen. Das heißt, es muss einen relativ großen Hygienebereich geben, natürlich entsprechend getrennt, wo Leute zuschließen können, reingehen können. Es muss gemacht werden, weil wir sonst immer die Situation haben – – Es gibt Menschen, die kriegen das ganz gut hin, und es gibt Menschen, die kriegen das nicht so gut hin. Das hat viel damit zu tun, dass man Termine machen muss. Wer schon mal bei der Caritas in der Großen Hamburger Straße war, in so einem kleinen Kaffeebereich, der eigentlich eher für Menschen mit Alkoholsuchtproblemen da ist, da ist natürlich auch eine Schnittmenge von wohnungslosen Menschen, da können einfach nur maximal zwei Leute in der Stunde duschen, und die müssen dort Termine machen. Das muss man als Obdachloser erst mal hinkriegen, zu der Zeit dort zu sein und dann dort zu duschen. Dann muss man da warten, und man hat am Tag nur so und so viele Termine, die es dort gibt. Das reicht bei Weitem nicht aus, wenn Sie von 6 000 Obdachlosen reden, die jeden Tag irgendwie die Möglichkeit haben müssen, sich hygienisch zu reinigen, das haben wir never in Berlin. Deswegen muss in so einem Tagestreff auf jeden Fall so etwas mit drin sein. Es muss die Möglichkeit geben, Waschmaschinen zu nutzen, auch in einer größeren Anzahl als das sonst üblich ist, auch um die kleineren Tagestreffs zu entlasten, und dadurch auch teilweise einen anderen Zustand auf der Straße zu erreichen. Das muss man ja auch immer wieder sagen, die Leute sind ja nicht nur mutwillig dreckig, wenn sie denn dreckig sind. Es gibt natürlich auch Menschen, die das aus psychischen Gründen nicht können.

In so einem Tagesbereich muss natürlich auch immer Fachpersonal da sein. Das darf auf keinen Fall Ehrenamtlern überlassen werden, sondern es muss immer Fachpersonal vorhanden sein, die die Möglichkeit für niedrigschwellige direkte Beratung haben und auch Weitervermittlungen leisten können entsprechend dem, was da ist, was da vielleicht am Tag noch

kommt oder wo die hingehen können, auch Sachen machen können. In dem Tagestreff sollte zumindest regelmäßig eine Gesundheitsvorsorge da sein, also dass jemand weiß, an diesem Tagestreff gibt es am Montag oder Dienstag oder Mittwoch oder an drei Tagen jemanden, der für so und so lange da ist, der medizinisch ausgebildet ist und sich zumindest Dinge anschauen kann, und erstversorgen kann und im Zweifelsfall weiterverweisen kann, wo der Mensch hin kann.

In so einem Tagestreff braucht es natürlich Essen und Trinken. Das muss entsprechend cateringmäßig gemacht werden. Wenn man das gut macht, und da sind wir dann wieder bei so Sachen wie: Wie kommen Leute zu ihren Leistungsansprüchen oder so? –, man kann das auch mit Menschen machen, die zum Beispiel schon ein wenig stabilisierter, aber aus der Obdachlosigkeit herauswollend oder vielleicht schon dabei sind rauszukommen, die gern im Catering arbeiten würden. Warum nicht auch Formen finden, wo die sich gegenseitig helfen können, wo man sich gegenseitig unterstützt? Da gibt es dann einen Koch, der das ganz klasse gelernt hat und der hier ganz klar alles schon hat, und der hier in Deutschland, in Berlin lebt, und dann gibt es vielleicht Menschen, die haben vielleicht Gastroerfahrungen. Davon gibt es übrigens sehr viele im Obdachlosenbereich, die im Gastrobereich gearbeitet haben. Viele sind auch während der Coronazeit arbeitslos geworden. Manche auch aufgrund der sehr schlechten oder nicht vorhanden realen Verträge. Die sind einfach rausgeflogen, die haben einfach schwarz gearbeitet, wie man das immer noch so umgangssprachlich sagt. Aber letztendlich nutzen das auch viele Gastronomen aus, Hotels haben das gern genutzt, und da haben Menschen einfach ihre Arbeit verloren und sind jetzt auf der Straße.

Nochmal zurück zum Tagestreff: Wir haben auch gesagt, beim Alexanderplatz ist es schon irre, dass er, so lange wie er als städtischer Platz existiert, keine Infrastruktur für wohnungslose Menschen zu bieten hat, in keiner Weise. Außer Straßensozialarbeit und aufsuchende Angebote, die für eine oder zwei Stunden da sind – zum Beispiel das Duschmobil, wo natürlich auch bloß eine ganz bestimmte Anzahl von Frauen hin kann –, gibt es am Alexanderplatz in der direkten Umgebung nichts Relevantes, was der Größenordnung dessen, was an Obdachlosigkeit in dem Umfeld vorhanden ist, irgendwie nur ansatzweise entsprechen würde.

Es würde uns als Straßensozialarbeitenden auch sehr viel Arbeit erleichtern, denn wir können Menschen, die wirklich gerade in diesem Moment frieren und die in diesem Moment vielleicht einfach Ruhe brauchen, auch relativ dicht und relativ nah an einen Ort schicken, der definitiv offen und der definitiv so groß ist, dass da Platz ist. Das ist nämlich ein ganz großes Problem, und zwar bei allen Angeboten, die wir in dem Bereich haben, von Notübernachtungen, über Tagestreffs: Wir wissen nie, wie viel Kapazität die an dem Tag eigentlich noch haben.

Das wird sich hoffentlich mit den ASOGs ein wenig verändern, mit der Steuerung durch den Senat, also dass man das sozusagen städteweit macht, dass wir endlich wissen: Okay, da sind Räume. Das ist ja so, dass Sozialarbeitende teilweise über Tage suchen, um irgendwie den passenden Ort für Menschen zu finden, wo die untergebracht werden können, und genauso ist es letztendlich bei Notunterkünften und Tagestreffs. Also wenn ich auf dem Alexanderplatz sage: Geh doch um die Ecke zur Caritas. – Dann kann das sein, dass der dorthin geht und das ist rappelvoll und da kommt einfach keiner mehr rein, weil das so ein kleiner Treff ist, weil es das einzige ist, was bei uns direkt in der Umgebung wäre, an der Friedrichstraße ist es ähnlich. Da haben wir noch die Sophie, aber die hat nur drei oder vier Stunden am Tag auf und ist nur für Frauen.

Sie haben noch eine Frage gestellt, die ich ganz spannend fand. Also ich rede nicht für die Polizei, und ich möchte nicht für die Polizei reden. Wir haben zwei unterschiedliche Aufträge und unterschiedliche Rechtsbereiche. Das ist ganz wichtig, dass man das auch hält und nicht vermischt, weil wir Vertrauens- und Hilfeleistungsarbeit machen, und die Polizei ist nun mal dafür da, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, und die hat ein Strafrecht im Hintergrund, dem sie auch entsprechend nachgehen muss, wenn etwas ist, und Sie können sich vorstellen, diese Dinge gehen nicht zusammen.

Das schließt aber nicht aus, dass wir mit der Polizei reden und natürlich wissen wir zum Beispiel von der Polizei am Alexanderplatz, dass die uns immer wieder zuspricht. Wir hatten gerade letzte Woche einen Stadtrundgang, wo die Polizei diejenigen sind, die uns eigentlich immer wieder darin stärken und sagen: Wir brauchen am Alexanderplatz für Wohnungslose unbedingt eine Struktur, unbedingt. Wir brauchen eine Möglichkeit, dass die Menschen auch mal wo sein können, vor allen Dingen mit dem Wissen darum, dass sie auch immer wieder durch das Ordnungsamt geräumt werden, ohne dass es eine Perspektive gibt, ohne dass im Vorfeld irgendetwas passiert ist. Das ist nicht nur in Mitte so. Wir haben die Erfahrung, es wird langsam stadtweit stärker. Selbst in Charlottenburg, wo es lange Zeit eine sehr humane Vorgehensweise gab, haben die Kolleginnen und Kollegen das Gefühl von dem, was sie so mitkriegen, dass es eventuell auch dort stärker repressiver wird und das Ordnungsamt nicht mehr nur die Reinigungsstreifen durchsetzt, wo die BSR kommt und saubermacht und in der Nacht dürfen sie wieder hin. Das wäre ja unser Traum und Wunsch. Solange es für die Menschen keinen Ort und nichts gibt, wo sie sein können, soll man dafür sorgen, dass die BSR in regelmäßigen Abständen mit vorheriger Ansage dort durchgeht, und danach können die Leute dort wieder in einer vernünftigen Form sein. Solange die Stadt nichts anderes zu bieten hat, müssen wir einfach auch sagen: Was machen wir denn mit den 6 000 Leuten? Also die werden von A nach B geschickt, und ein Tagestreff bietet erst mal die Möglichkeit, wenigstens am Tag irgendwo zu sein.

Sie hatten noch eine andere Frage zur Deutschen Bahn und den Gesprächen. Wir können da keine Gespräche führen, das müsste ein Träger machen. Für jede Art von Einrichtung, wo ein Tagestreff sein könnte, müsste ein Träger diese Gespräche führen. Aber dieser Träger braucht natürlich die Gewissheit, dass er eine Gegenfinanzierung hat, sonst braucht er in solche Gespräche nicht reingehen. Das Haus der Statistik, wo ja auch der Senat mit drinsitzt, also in dem Gremium für die Vergabe von Räumlichkeiten, hat da durchaus eine Möglichkeit, etwas zu tun. Das wäre eine Möglichkeit, und wir wissen, dass das Haus der Statistik und die Menschen, die dort Akteurinnen und Akteure sind, durchaus sehr bereitwillig und offen wären, dass es dort einen Träger gibt, der dort eine Tagesstätte in dieser Richtung machen würde.

Das muss natürlich niedrigschwellig erreichbar sein. Also wir brauchen keinen Tagestreff in der zweiten oder dritten Etage. Wir haben ganz viel rollstuhlfahrende Menschen auf der Straße, Leute, die nicht mehr gut laufen können. Das wäre auch so ein Klassiker, was braucht so ein Tagestreff: Niedrigschwelligkeit in jeglicher Hinsicht.

Sozialpsychologische Betreuung, da muss ich Ihnen sagen, das ist ein ganz schlimmes Thema. Das können so ein Tagestreff oder auch andere Sachen gar nicht auffangen. Wir brauchen da völlig andere Angebote. Die müssen ohne Wenn und Aber sagen: Du darfst da jetzt sein, und zwar ohne Leistungsansprüche, ohne irgendwelche Ansprüche, die wir gerade an dich stellen, sondern du darfst da einfach erst mal sein, und da muss es Menschen geben, die sich mit psychischen Erkrankungen auskennen und die versuchen, über einen langen Vertrauensprozess vielleicht die Menschen dazu zu bringen, dass sie eine Krankheitseinsicht haben, die dann vielleicht dazu führt, dass sie Medikamente nehmen und das dazu führt, dass sie auch aus dieser Wohnungslosigkeitssituation und aus der sonstigen schwierigen Lebenssituation, in der sie sich befinden, herauskommen.

Psychisch erkrankte Menschen auf der Straße sind ein Riesenthema, und da gibt es nichts, wohin wir in dieser Stadt wirklich sinnvoll verweisen können. Diese Menschen sind wirklich darauf angewiesen, dass sie eigentlich diesen Sprung der Selbsterkenntnis: Ich bin krank und brauche Hilfe! – mindestens haben müssen, damit irgendwie eine Chance besteht, denen wirklich zu helfen. Solange die kein Messer am Hals haben oder jemand anderem ein Messer an den Hals halten, gibt es praktisch keine rechtlichen Grundlagen, dort etwas zu tun, und mit Vertrauensarbeit auf der Straße kriegt man das nicht hin. Ich bin ja kein Psychologe, und ich bin ja auch kein Psychiater. Ich bin Sozialarbeitender, und wir haben Menschen auf der Straße, die brauchen die Möglichkeit, sein zu können, einfach sein zu können, und man muss lange gucken, wie wir die wieder aus der Wohnungslosigkeit rauskriegen. Ein Tagestreff ist da übrigens auch eine gute Variante, weil da nämlich oft auch Menschen mit psychischen Erkrankungen auftauchen und dort erst mal sein können, ohne dass ihnen etwas aufgezwungen wird. – Sie haben sehr viele Fragen stellt.

Ich fände es super, wenn es so etwas gäbe, wenn die Möglichkeit bestünde, dass Menschen Krankheitsvorsorge betreiben und ganz normal zum Arzt gehen könnten, dann wäre das super. Ich weiß nicht, wie das funktioniert und wie das abgerechnet werden kann, aber es wäre super. Mindestens 50 Prozent der Menschen, die auf der Straße leben, haben keinen Zugang zum Gesundheitssystem.

Dezentralisierung – die Abgeordnete von der AfD – das ist ja das Schwierige, wir können die Menschen nicht von A nach B verschieben. Wir können natürlich Orte schaffen, wo die hingehen, da kommen natürlich dann automatisch, wie erwartet, vielleicht ein paar mehr Leute, aber wir können Menschen nirgendwo hinschieben. Wir können nicht dorthin gehen, wo sie nicht sind, das macht ja keinen Sinn. Wenn in Steglitz-Zehlendorf ganz weit draußen irgendwie eine gute Möglichkeit wäre, eine Einrichtung zu machen, wäre das sehr unpraktisch, weil die Leute im Zweifelsfall gar nicht dahinkommen. Deswegen muss man immer schauen: Wohin entwickelt sich das? Man muss gleichzeitig im Blick behalten, wenn wir in der Innenstadt anfangen, Verdrängungsprozesse in Gang zu setzen, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die anliegenden Stadtgebiete, und da ist dann das Hilfesystem noch nicht vorhanden oder nicht in dem Maße, wie es vielleicht in der Innenstadt noch vorhanden ist oder schon war. Wir haben dann immer das Hinterherlaufen, und das kostet Geld, Zeit und das kostet vor allen

Dingen immer die Mühe, wieder Personal zu finden, Immobilien zu finden und Orte, wo man die Sozialarbeit ausführen kann. Deshalb lassen Sie sie bitte dort, wo sie sind und versuchen wir, dort zu arbeiten, wo sie sind. In der Nähe zu sein ist am besten. Das haben wir in der Jugendarbeit und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit früher immer gesagt, und das ist genau das Gleiche mit den Menschen, die obdachlos sind: dort hingehen, wo sie sind und möglichst in der Nähe von den Menschen arbeiten, weil alles andere nur Verschiebebahnhof ist.

Ich hoffe, ich habe alles beantwortet. Wenn jetzt wirklich was Dringendes dabei ist, wo Sie sagen, da könnte ich noch etwas zu sagen, dann fragen Sie noch mal nach. – Aber ich würde es erst mal dabei belassen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! – Ich möchte, bevor der Staatssekretär dran ist, nur darauf hinweisen, dass wir heute noch eine zweite kleine Besprechung beziehungsweise Anhörung haben. Wir müssen in circa zwölf Minuten das Thema wechseln, ansonsten können gerade Linke und Grüne sich überlegen, welchen Tagesordnungspunkt sie streichen wollen.

Deswegen, Herr Kurt, Sie haben sich auch eben noch mal gemeldet, überlegen Sie sich, ob das wirklich noch mal sein muss. Es ist Ihr zweites Thema, was möglicherweise gestrichen wird. – Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Ich habe auch die disziplinierende Maßnahme verstanden und versuche, es schnell zu machen. Ich würde jede Begrifflichkeit, die man mal in dem Zusammenhang gehört hat – – hier nachzufragen, wieso kam jetzt nichts zur Gebührenordnung et cetera, das kriege ich, glaube ich, in der Zeit jetzt nicht hin. Es sei mir verziehen. Worauf ich mich konzentrieren werde, sind einmal die 67er, ASOG, die Thematik Housing first nur kurz, die GStU-Thematik und auch noch konkret, was den Alexanderplatz angeht.

Die Kosten waren 200 000 Euro pro Monat, das sind 2,4 Millionen Euro im Jahr. Mir fehlt tatsächlich, um es ganz transparent zu machen, die Kreativität in einem Haushalt, wo ich Minus habe, da noch was Neues unterzubringen, obwohl wir eine Zuständigkeit im Land sehr klar geregelt haben. Das ist die Schwierigkeit, die wir an der Stelle haben. Da haben Sie völlig recht, das ist ein wichtiger Punkt, auf den Sie hinweisen, man muss politisch priorisieren. Sie haben das Beispiel Olympia genannt, es kann auch was anderes sein. Da muss man schlicht priorisieren, wozu das Parlament dann auch in den Verhandlungen angehalten ist. Im Senat läuft das natürlich solidarisch, wie man Sparmaßnahmen oder Prozentzahlen verteilt, dann ist das meistens gleich verteilt. Da darf das Parlament gern noch mal gucken, ob es da noch einen Weg gibt. An der Stelle will ich auch sagen: Es macht wirklich keinen Sinn, mit dem Finger hier nach oben oder nach unten zu zeigen, was Bezirk oder was Land angeht. Wir haben da eine gemeinsame Verantwortlichkeit, um das Thema zu klären.

Es heißt ja immer so schön, wenn ich mit einem Finger zeige, dann zeigen drei Finger zurück. Da würde ich jetzt fragen: Es ging, glaube ich, bei dem Tagestreff, den Sie erwähnt hatten, um den Warmen Otto, der Ende 2021 geschlossen hat. Damals plante das Bezirksamt Mitte die Eröffnung einer neuen Wohnungslosentagesstätte. Wenn da jetzt irgendeiner kommen würde: Wieso hat das der Bezirk nicht gemacht? So könnte man das Spielchen auch treiben. Aber das ist nicht der richtige Weg, und ich würde da auch eine Bürgermeisterin der Grünen

nicht anzählen wollen, weil wir wissen, wie die Situation an der Stelle ist. Das zu der Thematik Bezirk-Land. Wir müssen da tatsächlich gemeinsam gucken. Herr Kretschmann hat die zentrale Frage gestellt, es muss eine politische Priorisierung stattfinden.

Kurz zu den 67ern. Die Frage war: Wie ist das mit den Leistungsstufen gemeint? – Um es sehr bildlich zu machen, sehr grob, mit den Lego-Baukästen ginge das wahrscheinlich auch gut plastisch darzustellen, wir haben ja verschiedene Leistungstypen. Da gibt es eine Empfehlung, ob man die vielleicht nicht etwas stringenter zusammenführt, so würde ich die Studie interpretieren. Aber Sie schauen sich das ja auch noch mal an. Neben diesen Leistungstypen ist die Frage: Gibt es Intensitäten? So verstehe ich die Frage, so würde ich sie auch beantworten. – Da muss man gucken, ob sich die Intensität dann anpasst. Das heißt, wir haben eine Diskussion im Senat, die wurde auch schon erwähnt: Familien haben einfach andere Herausforderungen. Dann ist das Beratungsthema einfach ein anderes. Das heißt, dann steigt die Intensität. Wenn jemand einen Sprachbedarf hat, dann steigt die Intensität. Wenn es noch mal irgendwas gibt mit: Da muss auch noch eine Wohnung gesucht werden –, dann kann die Intensität steigen, sodass man ein System hat, wo man in Säulen verschiedene Leistungstypen hat, die man in der Intensität dann noch mal hochführen kann, um es einmal sehr grob darzustellen.

Warum klappt der Zugang von ASOG zu 67ern nicht? – Das durfte ich auch dankenswerterweise während der Hospitation live miterleben. Es ist generell so, dass die Zuweisungen alle sechs Monate stattfinden. Das heißt, die Betroffenen kommen zum Amt und sagen dann: Okay, muss verlängert werden. – Aktuell ist es so, ich glaube in allen Ämtern, und wir kennen die Personalsituation, die kommen dahin, dann wäre eigentlich der beste Moment zu sagen: Wie können wir dich eigentlich aus ASOG wegberaten, sozusagen raus aus dem ASOG-System? – Das findet schlicht aufgrund der personellen Situation nicht statt. Deswegen sind wir ja da dran zu entlasten, was die Digitalisierung anbelangt, sodass sie mit der Beratung eigentlich das machen, sodass wir dann das Problem lösen, dass es aktuell nicht von ASOG zu den 67ern geht.

Zeitplan: Das geht jetzt natürlich in die Gremienbehandlung, in den ordentlichen Gremien, das kann sich auch ziehen, wie Sie die Diskussion auch am Familienmodul mitbekommen haben. Da sind wir tatsächlich noch in Diskussion, das ist noch nicht geklärt. Das, was ich auf der Tagung auch noch mal mitgegeben haben: Es gibt aber Fragestellungen und Hinweise, die grundlegender Natur sind. Das wird keine Regierung im laufenden Geschäft schaffen, sondern es muss eine Grundsatzentscheidung am Anfang geben. Das betrifft beispielsweise die Finanzierung, Planmengenverfahren. Ich glaube, da könnten wir uns jetzt abstrampeln, da wird in der Legislatur nichts passieren. Aber diese Studie zu nutzen, dass alle Parteien, die ein Interesse daran haben, dann in ihre Wahlprogramme und dann in einen Koalitionsvertrag reinschreiben: Wir wollen da eine Systemabkehr –, das wäre ein richtiger Weg. Dementsprechend kann es da nur eine Vorleistung sein, damit jede Fachpolitikerin und jeder Fachpolitiker aufgerüstet ist, um das Thema dann auch langfristig anzugehen.

Es gab eine Frage zur AV-Wohnen – wäre auch ein zu großer Schlenker. Was ich nur wichtig finde ist, dass wir die Systeme zusammendenken müssen. Wenn ich in den 67ern spare – und wir haben die Linie gesehen, die Anzahl der Leistungen geht eigentlich senkrecht durch, also da geht nichts nach oben, obwohl wir Menschen haben, die was brauchen –, und wir sparen da vielleicht, dann zahlen wir das unter ASOG. Bei AV-Wohnen gab es auch in den letzten

Jahren die Diskussion: Wir können da Standards senken, die Räume müssen kleiner sein oder die Mietbeiträge dürfen nicht so hoch sein. Dann zahlen wir sie nicht bei AV-Wohnen, sondern wir zahlen sie bei der ASOG-Unterbringung. Das heißt, jedes System muss auch zusammengedacht werden, damit wir wissen: Wenn ich irgendwo Geld reinstecke, notfalls spart uns das viel mehr an einer anderen Ecke. Jeder macht es sozusagen falsch, wenn er einzelne Säulen nur allein für sich betrachtet. Das funktioniert schlichtweg nicht. – Das zu den 67ern.

Zu Housing first nur kurz: Ein Absenken gibt es nach den Daten, die wir haben, im Prinzip nicht. In 2024 hatten wir 74 Mietverträge, die vermittelt wurden. In diesem Jahr sind es bis jetzt – das halbe Jahr ist noch nicht rum –, 41 Mietverträge. Theoretisch könnte es drüber sein oder nicht. Das, was wir aber tatsächlich sehen, ist ein Thema, was auch behandelt werden muss, dass die Housing-first-Projekte völlig unterschiedlich funktionieren. Der eine Träger sagt mir: Für jede weitere Person, die du behandelt haben willst, brauche ich mehr Geld, weil es keinen Abfluss oder einen weiteren Weg aus diesem System gibt. Man muss da aber auch sehr auf die Zielgruppe achten. Der eine Träger hat die Zielgruppe, die wirklich bedürftig ist, wahrscheinlich auch Thema für die Eingliederungshilfe ist. Diese Menschen werden wahrscheinlich auch im Housing-first-Projekt das Leben vollenden. Da ist nichts mehr großartig mit Wegzug. Das heißt – gerade weil wir im letzten und vorletzten Jahr die neuen Projekte gestartet haben –, da lernen wir ja auch mit dem System. Man muss sich das immer genau angucken.

Das Letzte wäre jetzt noch GStU. Es wird keinen Zeitpunkt geben, wo man einen Knopf drückt, und dann ist das System umgestellt. Das wird sich reinwachsen, denn – das wissen Sie auch – das LAF leistet einen Bombenjob, die kriegen jetzt einen neuen Job dazu beziehungsweise wir versuchen, das auch durch Digitalisierung so gut es geht, was den Aufwand angeht, neutral zu bewerkstelligen, aber trotzdem ist das ein neuer Job. Das heißt, dass die jetzt einmal einen Knopf drücken und mit allen Betreibern Verträge machen, wird tatsächlich nicht klappen. Das bedeutet, da werden wir auch Stück für Stück vorgehen müssen. Wir sehen auch, dass die Standardanpassungen – – Das war, glaube ich, die Frage von Herrn Valgolio. Wenn sich jemand nicht an die Standards hält, dann belegen wir nicht mehr. Ehrlicherweise hilft das GStU-Projekt, dass wir vielleicht in diese Situation kommen. Im Moment haben wir ja einen Markt, wo die Anbieter dominieren. Aktuell hatte ich einen Fall, eine Kollegin war auch noch mal in Hospitation, die haben sich eine Einrichtung angeguckt, die Zahlen sind jetzt leicht fiktiv, aber der Abstand ist real: Bisher kriegen wir 50 Euro, ich will jetzt 70 Euro haben –, und dann stellen sich die Kollegen vor Ort die Frage: Okay, ich brauche die Plätze, was mache ich jetzt damit? – Aus der Situation kommen wir nur raus, wenn wir in GStU eine Alternative haben, indem wir sagen: Notfalls haben wir im LAF was, das könnt ihr belegen, um da die Marktmacht zu brechen. – Das war jetzt ein Schnellritt, ich habe mindestens die Hälfte vergessen und würde noch mal um Ergänzung bitten, die es an dieser Stelle jetzt nicht gibt, weil der Ausschussvorsitzende disziplinierend tätig war.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich habe ja nicht mal hingeguckt, so schnell. – Ich habe jetzt noch mal zwei Wortmeldungen und möchte noch mal in den Raum stellen, dass wir wirklich wechseln müssen. – Herr Kurt, Herr Kretschmann!

Taylan Kurt (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich habe nur eine Rückfrage und eine Bemerkung: Verfolgen Sie noch das Ziel, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis

2030 zu beenden? Halten Sie dieses Ziel von SenASGIVA für realistisch? Dazu haben Sie nichts gesagt.

Punkt zwei ist, wenn Sie hier schon Kontra geben wollen und ein Beispiel aus meinem Wahlkreis mit dem Warmen Otto nehmen, bitte belesen Sie sich! Es war eine fachliche Entscheidung des CDU-geführten Sozialamts Mitte. Dieser fachlichen Entscheidung, den Warmen Otto zu schließen, gingen Gespräche mit der Stadtmission voraus, die dazu geführt haben, dass dort der Leiter der Tagesstätte in Rente gegangen ist. Es gibt ein Nachfolgeprojekt der Stadtmission an dem Standort für Familien aus dem EU-Ausland, die auf der Suche nach Arbeit sind. Wir konnten dort die sehr günstigen Räumlichkeiten für diese soziale Infrastruktur sichern, und es gab eine Studie des Sozialamts Mitte, wo noch mal untersucht wurde, wenn in Tagesstätten – – Und das, was wir festgestellt haben, ist, Menschen nutzen ein Angebot morgens, woanders mittags und am Ende des Tages wieder woanders. Was aus meiner Sicht fehlt, sind dort auch noch mal fachliche Standards Ihrerseits. – Es war nicht die Bezirksbürgermeisterin der Grünen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Herr Kretschmann!

Tino Kretschmann (AG Straße von Berlin-Mitte): Ich würde mich noch mal bedanken bei Ihnen allen! – Wer hier die direkte Forderung noch mal lesen möchte oder Kontakt zu uns haben will, kann sich hier gern am Ende der Sitzung bedienen.

Ich wollte Ihnen noch zur Priorität sagen: Ich kann mich daran erinnern, dass so um 2016 herum als wir relativ viele geflüchtete Menschen in öffentlichen Räumen hatten, dass da viel darüber nachgedacht worden ist, was man denn alles machen kann. Damals habe ich noch das Platzmanagement am Alexanderplatz gemacht, und wir haben schon Jahre vorher immer wieder gesagt: Wir brauchen am Alexanderplatz irgendetwas für Jugendliche, die kulturorientiert sind, aber wir brauchen auch etwas für Jugendliche, die dort gestrandet sind, und zwar nicht irgendwie, sondern wirklich da, direkt vor Ort. Jahrelang ging dort kein Weg dran vorbei. Dann kamen die Geflüchteten. Auf einmal waren die Geflüchteten an dem Ort ein Problem, was ich ziemlich schwierig fand, weil ich immer gesagt habe: Die sind gar keine Problem, sondern es sind einfach noch mal Jugendliche mit einem bestimmten Hintergrund oben draufgekommen, und da gab es damals die Möglichkeit, Geld aus verschiedensten Töpfen aufzutun.

Da hat man damals gesagt: So, das ist jetzt eine Priorität, da wollen wir im öffentlichen Raum ein neues Projekt machen. Das wird Gott sei Dank bis heute finanziert, könnte besser sein, aber wird es gerade noch. Dann denke ich so: Na ja, die Polizei sagt schon, das wäre toll, wenn es da ist. Dann denke ich: Na ja, das ist doch ein Thema Sicherheit. Warum nicht aus dem Topf da ein bisschen Geld rausholen? Ich bin an der Stelle nicht Politiker, aber ich kann nur aus meiner Erfahrung, die ich vorher hatte, sagen: Es ist Gesundheit, es ist Sicherheit, es ist Soziales, und eigentlich ist es auch noch Wohnen. Das heißt, da haben vier Bereiche Themen, die eigentlich etwas dafür tun müssen, dass so ein Tagestreff verwirklicht werden muss, weil alle etwas davon haben. Die Polizei hat was davon, wenn dazu etwas in der Richtung gemacht wird, der soziale Bereich, der Gesundheitsbereich, alle haben was davon, also müssen auch alle irgendwie an den Tisch gehen und müssen Geld dafür hinlegen, und alle haben dann am Ende auch weniger, was sie ausgeben müssen. Nur so viel: ein bisschen kreativ werden!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Der Herr Staatssekretär hatte eine Frage, vielleicht kann er die mit Ja oder Nein beantworten.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Herr Kurt hatte jetzt ein Foto gemacht, wahrscheinlich für Social Media. Ich habe nicht gelächelt, vielleicht machen wir es noch mal, und ich lächle dabei. – Zu 2030 haben Sie die Frage gestellt. Das ist weiterhin die Zielsetzung, die wir haben. Was wir aber parallel machen, das gilt für alle Ebenen – – in der alten Bundesregierung, in der neuen, auf europäischer Ebene, alle formulieren dieses Ziel. Das, was wir gerade tatsächlich machen, ist einmal zu operationalisieren, welche Hebel müssten alle umgelegt werden, und wir wissen, dass viele der Hebel, gerade auch auf Bundesebene, umzulegen sind, um dann zu gucken, wie das zu bewerkstelligen ist oder woran das scheitern würde. Dieses Nichtoperationalisieren ist tatsächlich das Problem, aber die Zielsetzung bleibt.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Okay. Dann danke ich erst einmal mit Blick auf die Uhr, ich muss mich beeilen! Vielen herzlichen Dank, dass Sie da waren! – Ich fand diese Debatte äußerst spannend, und ich glaube, dass es sehr hilfreich war, auch für die Debatte, die wir in den nächsten Wochen, Monaten oder Jahren gemeinsam führen müssen. Ich hoffe, Sie bleiben uns erhalten, auch in Ihrer Funktion der mahnenden Praktiker. – Vielen herzlichen Dank auch nach hinten! Ich weiß ja, dort sitzen auch welche, die sich da genauso engagieren. Vielen Dank, dass auch Sie heute hier waren! – Dann machen wir einen ganz kurzen Umbau.

An Herrn Kurt der Hinweis: Das Foto dürfen Sie jetzt löschen, weil Sie hier keine Fotos machen dürfen. Die Presse darf Fotos machen, und wenn Sie das schon gepostet haben, gehe ich davon aus, dass der Beitrag in den nächsten 30 Sekunden gelöscht ist. Ernsthafte Ansage, das ist hier im Ausschuss nicht erlaubt! Punkt! Man darf nicht einfach andere Abgeordnete hier ungefragt fotografieren. Das darf die Presse machen. Das sieht die Geschäftsordnung vor. Das wird auch jedes Mal mit angesagt. Wir dürfen das hier aber nicht einfach machen. – Sich selbst zu fotografieren ist, glaube ich, erlaubt.

Ich gehe davon aus, dass im Ergebnis die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen oder vertagt wird? – Vertagt. Gern. – Dann greifen wir das dann wieder auf, wenn das Wortprotokoll vorliegt beziehungsweise wenn wir das thematisch vielleicht mit einem anderen Tagesordnungspunkt verbinden können.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Streichung der bezirklichen Widerspruchsbeiräte nach dem SGB IX und dem SGB XII aus dem LOG – Klärungs- und Regelungsbedarf** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0263 ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

- coo/sch -

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0204
Drucksache 19/1499 ArbSoz
Menschen vor dem Erfrierungstod bewahren:
Ganztägige Angebote in der Kältehilfe sicherstellen!

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.